

Keramischer Bund

Wochenblatt für den Keramischen Bund

Industrieverband für die Glas-, Porzellan-, Ziegel-, Grobkeramische und Baustoff-Industrie
Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. — Bezugspreis 1,20 RM im Vierteljahr. — Verlag, Schriftleitung u. Verlagsstelle: Charlottenburg 1, Brabeckstr. 2-3. — Fernruf: Amt Wilhelm 5646 u. 5647.

Nummer 7

Berlin, den 14. Februar 1931

6. Jahrgang

Arbeitszeitverkürzung behebt Erwerbslosigkeit.

Die Gewerkschaften verlangten schon vor Monaten die Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden in der Woche als Notmaßnahme. Auf Veranlassung der Regierung fanden auch Verhandlungen zwischen den Tarifparteien wegen Herabsetzung der wöchentlichen Arbeitszeit statt. Herausgekommen ist dabei soviel wie nichts. Die Arbeitgebervertreter häuften bei den gepflogenen Beratungen so hohe Bedenkenberge auf, daß die steigenden Arbeitslosenzahlen nicht mehr zu sehen waren. Die Bedenken der Arbeitgeber trugen also den Sieg davon und damit scheint das Interesse vieler Arbeitgeber an der Unterbringung von Arbeitslosen erloschen zu sein. Die öffentliche Diskussion über dieses Problem ist auch so gut wie eingeschlagen, so daß die Gewerkschaften alle Ursache haben, nun erst recht auf ihren Forderungen stehen zu bleiben und sie mit verstärkter Kraft zu stellen. Das können sie mit gutem Gewissen, weil die Erfahrungen in den Harburger Delwerken Brindmann & Mergell von einigen Monaten vorliegen, und weil kürzlich auch für die deutsche Zigarettenindustrie Abmachungen zwischen den Tarifparteien getroffen wurden, in denen nun die 42 1/2 Arbeitsstunden festgelegt ist. Also für zwei stark technisierte Industriezweige war die Verkürzung der Arbeitszeit, bei der Zigarettenindustrie sogar mit einigermaßen Lohnausgleich, möglich und bei beiden Industriezweigen konnten mehr Arbeiter und Arbeiterinnen eingestellt bzw. weiter beschäftigt werden. In den Harburger Delwerken konnten 350 Neueinstellungen vorgenommen und bei der Zigarettenindustrie Entlassungen aufgehoben werden. Die getroffenen Maßnahmen trugen also zu einer Minderung der Erwerbslosenziffer bei.

Die Harburger Delwerke haben ihre Erfahrungen schriftlich der Öffentlichkeit übergeben in der Broschüre „Die Arbeitszeitverkürzung als Mittel zur Behebung der Erwerbslosigkeit“. Gedanken und Erfahrungen der Harburger Delwerke Brindmann & Mergell, Harburg-Wilhelmsburg 1. Darin ist außerordentlich interessant, was über die Erfahrungen gesagt ist. Es heißt dort:

„Von Unternehmern, vor allen Dingen von Unternehmerverbänden, die in merkwürdiger Weise gegenoffenschaft mit den Kommunisten die Verkürzung der Arbeitszeit bekämpften, waren uns die schlimmsten Befürchtungen an die Wand gemalt worden. Nichts von alledem, was sich als Material gegen die Zweckmäßigkeit und die Möglichkeit der Arbeitszeitverkürzung vorgebracht worden ist, hat sich als nichtig erwiesen. Die Gestehungskosten sind nicht gestiegen. In mehreren Wochen war die Lohnsumme sogar niedriger als vorher. Die Beiträge für Kranken- und Erwerbslosenversicherung sind nur um ein geringes gestiegen, da infolge der Verdienstförmung für die vor dem 20. Oktober bei uns beschäftigten tausend Arbeiter die Beiträge sich ermäßigt hatten. Eine stärkere Belastung ist für die Invalidenversicherung eingetreten, da auch nach der Verdienstförmung unsere alten Arbeiter in der höchsten Klasse verblieben sind, so daß für die Neueingestellten zusätzliche Beiträge bezahlt werden müssen. Insgesamt betragen aber die Mehraufwendungen für alle sozialen Lasten für den Betrieb nicht 1 Proz der Lohnsumme. . . . Durch den häufigeren Schichtwechsel ist keine Verringerung der Arbeitsleistung eingetreten. . . . Wir teilen auf Grund unserer Erfahrungen die Befürchtungen des Antritts für Konjunkturforschung nicht, daß eine solche Arbeitszeitverkürzung von so großen Schwierigkeiten begleitet sein würde, daß sich eine Mehrbeschäftigung in dem berechneten Umfang niemals würde durchführen lassen. Die Rückwirkungen auf Einkommen und Verbrauch beurteilen wir sogar aus den bereits dargelegten Erwägungen heraus als günstig für die Wirtschaft.“

Wichtig an den Erfahrungen ist, daß die Unternehmerverbände den Bestrebungen auf Verkürzung der Arbeitszeit den größten Widerstand entgegenzusetzen und daß dies geschieht, trotzdem die Unternehmen keinen Schaden davon haben. Den Unternehmerverbänden kommt es anscheinend mehr auf ihr verkehrtes Prinzip der Arbeitszeitverlängerung als auf die Minderung der Arbeitslosigkeit an.

Die Arbeitgeber der Zigarettenindustrie lassen nun auch eine andere Einstellung erkennen. Sie gewährten für rund 28 000 Beschäftigte die 42 1/2-Stundenwoche und zahlen dafür den Lohn für 45 Stunden und soweit Akkordarbeit in Frage kommt, werden die Akkordhöhe entsprechend erhöht. Die Vereinbarung wurde getroffen um Entlassungen zu verhindern. Auch diese Abmachungen zeigen wie verfahren werden muß, wenn die Arbeitslosigkeit wenigstens etwas eingedämmt werden soll. Sie lassen aber auch erkennen, daß die Forderungen der Gewerkschaften durchführbar sind. Und wir sind überzeugt, auch in der Zigarettenindustrie werden trotz teilweisem Lohnausgleich die Erfahrungen nicht ungünstiger sein als bei den Delwerken in Harburg. Nun wäre es Zeit, daß auch andere Industriezweige zu ähnlichen Vereinbarungen kämen. Die steigende Arbeitslosigkeit bedingt das und ferner besteht eine wirtschaftliche Notwendigkeit dafür. Alle sonstigen Vorschläge von Unternehmern in der Frage der Arbeitszeitverkürzung lösten keine Erfolge aus, deshalb sollte nicht mehr lange diskutiert und gezögert werden; denn es ist höchste Zeit zum Handeln für die Arbeitslosen, für die Wirtschaft und für den Staat. Aber in dieser Frage geht es auch wieder wie sonst:

Das Unternehmertum beugt sich nicht der Einsicht und der Vernunft, sondern nur dem harten Zwang und einer noch stärkeren Macht. Sollte die nicht mehr vorhanden sein?

Wir möchten wahrlich nicht die Reichsregierung Brüning mit Diktaturgewalt austreten, aber ist es doch so, daß sie bei ihren Maßnahmen gegen die Arbeiterschaft wahrlich nicht über Zwangsmaßnahmen gestolpert ist, sollte es da kein Mittel geben, auch die Unternehmer in einer so entscheidenden Frage zu vernünftigem Handeln zu zwingen, ohne daß Tarifrechte verletzt werden? Wenn es gegen die Arbeiter geht, ist die Reichsregierung doch auch nicht so garstig, so rücksichtslos und so bedächtig. Warum noch länger zögern?

Die Verhältnisse drängen zur Durchführung der gewerkschaftlichen Forderung als Notmaßnahme, da darf doch kein Sperren der Unternehmerverbände das Hindernis sein. Es gilt Hunderttausenden von darbenenden Menschen seelisch und materiell zu helfen, es gilt ungeheure Not und großes Elend einzudämmen, ohne daß besondere Opfer von den Unternehmern dargebracht werden müssen. Desshalb müssen sich die verantwortlichen Stellen doch bewußt sein.

Es hat den Anschein, als fehlte der Wille nicht nur bei den Arbeitgebern. Ihre bisherige Haltung und ihr bisheriges Handeln ließ mit seltenen Ausnahmen erkennen, daß sie sich allen Vernunftgründen verschließen, daß sie nur den scharfmacherischen Parolen auf Lohnabbau und Unterdrückung der Arbeiterschaft

folgen und alle sonstigen Milderungsvorschläge mißachten. Die Wirtschaftskrise verhalf dem Unternehmertum und seinen reaktionären Hilfsstruppen aller Art zu größerer Macht, die sie nun auch voll ausnützen wollen. Dieser Machtbündel trübt ihm den Blick für alle anderen Notwendigkeiten. Das ist der Grund, weshalb sie keinerlei Arbeitszeitvereinbarung mit der organisierten Arbeiterschaft treffen. Sie fühlen sich stark genug, bald wieder diktieren zu können, deshalb wird jede Verständigung hintertrieben, jede Milderung der Erwerbslosennot hintangehalten. Je drückender die Zustände, desto williger wird die Arbeiterschaft sich unseren Maßnahmen fügen, sagt sich das Unternehmertum und handelt danach. Wenn man gegenwärtig Umschau hält, kann man bemerken, wie so manches Mal gerade das Gegenteil von Vinderung der Wirtschaftskrise und Beseitigung des Erwerbslosenelends herbeigeführt wird. Darin ist gegenwärtig ein erheblicher Teil deutscher Arbeitgeber groß, darin feiert er Organe. Das ist ein Wesenszug der deutschen Wirtschaftsverantwortlichen, in dieser Pose gefallen sie sich. Das sollte vor allem die deutsche Regierung mehr beachten und sich mit ihren Handlungen auch etwas darnach richten, sonst bleiben ihre Wünsche in der Milderung der Erwerbslosennot völlig unberücksichtigt.

Die Gewerkschaften verlangen, daß in der Frage der Arbeitszeitverkürzung aus staatspolitischen und wirtschaftlichen Gründen endlich gehandelt wird.

Krupps Heil: Niedrige Löhne.

In der Generalversammlung der Friedrich Krupp AG. kam der Hauptaktionär Dr. Krupp von Bohlen-Halbach auf die gegenwärtige Wirtschaftslage zu sprechen. Wie nicht anders zu erwarten war, machte er die staatliche Lohn-, Sozial- und Steuerpolitik für die mißliche Lage der Industrie verantwortlich. Dadurch seien die Selbstkosten auf einer ziemlich hohen Höhe zur Erstarrung gebracht. Die Eisenindustrie und der Kohlenbergbau werden aus dem internationalen wie nationalen Geschäft immer mehr verdrängt. Aus der gegenwärtigen Wirtschaftslage schälen sich nach Krupp zwei Kernprobleme: die Selbstkostenfrage und die Arbeitslosigkeit heraus. Die Arbeitslosigkeit ist nicht ohne Opfer derjenigen, die heute in Lohn und Brot sind, zu überwinden. Es muß der Versuch gemacht werden, mit dem bisherigen Aufwand für Löhne und Gehälter mehr Leute zu beschäftigen und billiger zu produzieren. Die Kürzung des gegenwärtigen Nominallohns wird dem Arbeiter aber nur zugemutet werden können, wenn er die Gewähr einer gewissen Mindestbeschäftigung erhält, die ihn vor größerer Kurzarbeit und Feiertagslohn schützt. Das Ergebnis ist eine Mehrbeschäftigung von Arbeitern. Dem Unternehmer fielen bei diesem Versuch die Aufgabe zu, für vermehrte Arbeitsmöglichkeit zu sorgen. „Wenn es gelänge, Arbeit und Kapital zu einer solchen opferbereiten Gemeinschaftsarbeit zusammenzuführen, so wäre vieles gewonnen. Aus dieser Schicksalsgemeinschaft heraus könnten auch die natürlichen Abwehrkräfte erwachen gegen die öffentliche Finanzgebarung, die das privatwirtschaftliche Kapital aufseht und den Arbeitnehmer seiner Arbeitsmöglichkeit beraubt.“

Die meisten Unternehmer, die öffentlich reden, verlangen von der Arbeiterschaft Opfer. Sie selbst bringen keine. Die Argumente, die die Unternehmer vorbringen, werden dabei nicht überzeugender und wahrer, auch bei Krupp von Bohlen-Halbach nicht.

Wenn seine Argumente und die anderer Unternehmer richtig wären, dürfte es weder in der Tschechoslowakei, noch in Italien, noch weniger in Polen gegenwärtig Arbeitslose geben, denn in den genannten Staaten ist ja der Lohn niedriger als bei uns, und trotzdem gibt es Arbeitslose. In den genannten Ländern wird nun nach den Argumenten Krupps billiger produziert und doch fehlen auch dort die Aufträge. Das ist bekannt, aber trotz dieser Tatsachen kommen die Unternehmer immer wieder mit ihren Redensarten, weil sie nicht sehen wollen, was in der Welt vorgeht, und weil sie nicht öffentlich zugestehen wollen, was wirklich der Wirtschaft nottut.

Wenn Krupp der Auffassung ist, den Unternehmern fielen auch eine Aufgabe zu, und zwar die, für vermehrte Arbeitsmöglichkeit zu sorgen, so scheint er von der wirtschaftlichen Rolle der Unternehmer wenig zu verstehen, denn wenn die Unternehmer von sich aus für Arbeitsmöglichkeit sorgen könnten, und sie wissen das nicht gegenwärtig in der Krise, dann machten sie sich der größten Pflichtverletzung schuldig. Wenn schon die Unternehmer solche Aufgaben erlegen können, warum schafft denn Krupp nicht schon jetzt vermehrte Arbeitsmöglichkeit?

Anscheinend ist es dem Industriellen Krupp von Bohlen-Halbach mehr um die einseitigen Opfer der Arbeiter zu tun, wenn er von Gemeinschaft redet. Warum geben denn die deutschen Unternehmer nicht mit dem Opfern voran? Sie haben doch genug Möglichkeiten. Kein Mensch legt ihnen dabei etwas in den Weg. Aber sie tun es nicht, weil sie bei solchen Gelegenheiten die Arbeiterschaft lieber vorn sehen.

Die Arbeiterschaft hat vom Opfern die Nase voll und es fällt immer wieder Begründungen zu hören, die beim Arbeiter nur unwahrer werden. Arme deutsche Wirtschaft, das sind nun deine Führer!

Reformvorschläge zur Berechnung der Lebenshaltungskosten.

Der amtliche Index der Lebenshaltungskosten ist eine wichtige Maßzahl, die die Veränderungen der Kosten der Lebenshaltung im Vergleich mit der Vorkriegszeit (1913/14) anzuzeigen hat. Der Index hat diese Aufgabe in der zurückliegenden Zeit nie ganz erfüllen können, und zwar deshalb nicht, weil sich seine Berechnungsgrundlage auf die heute nicht mehr zureichenden Ergebnisse des Haushaltsverbrauchs vom Jahre 1907 stützt und die Veränderungen der Verbrauchsgewohnheiten, die bis zu Beginn des Krieges eingetreten waren und namentlich seit einem Jahrzehnt zu verzeichnen sind, unberücksichtigt läßt. Aber nicht nur dieser Umstand allein stellt, wie wir sehen, die Brauchbarkeit des Lebenshaltungsindex in Frage. Aus diesen Gründen hat er sehr oft im Mittelpunkt der öffentlichen Kritik gestanden. Besonders die Gewerkschaften, die an einer Indexzahl, die die Kosten der Lebenshaltung wirklichkeitsgetreu wiedergibt, lebhaft interessiert sind, haben in der Vergangenheit verschiedentlich eine Reform der Indexberechnung verlangt. Das Statistische Reichsamt hat nunmehr die Absicht, die neue Berechnungsgrundlage für den Index der Lebenshaltungskosten zu schaffen. Die Indexkommission soll bereits Mitte Februar zusammentreten, um zu den Vorschlägen des Statistischen Reichsamtes Stellung zu nehmen. Es ist deshalb zweckmäßig, die Methoden der Indexberechnung darzustellen, sie kritisch zu würdigen und Vorschläge für den Ausbau und die Umgestaltung der Berechnungsgrundlage zu machen.

Der Index der Lebenshaltungskosten wird auf Grund von Erhebungen in 72 Gemeinden berechnet. Die Gemeinden sind Städte der verschiedensten Größenklassen, zum Teil mit vorwiegend industriellem und zum Teil mit landwirtschaftlichem Charakter. Außerdem finden zu Kontrollzwecken monatliche Preisfeststellungen in 220 anderen Gemeinden statt. Die Erhebung erstreckt sich auf den vierwöchigen Bedarf einer mitterbemittelten Familie, bestehend aus zwei Erwachsenen und drei Kindern im Alter von 14, 7 und 1 1/2 Jahren.

Der „normale“ Bedarf einer solchen Familie wird nach Lebensmittelmengen und Kosten festgelegt und in dieses konstruierte Schema werden dann an jedem Erhebungsstermin die Preise für die einzelnen Bedarfsmengen eingesetzt. Die Summe der Preise, die identisch ist mit den durchschnittlichen Kosten der Lebenshaltung der „Indexfamilie“ wird dann mit dem für die Vorkriegszeit festgestellten Ausgabenbetrag in Beziehung gesetzt.

An sich ist diese Methode durchaus geeignet, um einwandfreie Verhältniszahlen zu gewinnen, vorausgesetzt, daß das Verbrauchsschema den wirklichen Haushaltsbedarf umfaßt und prozentuale Anteile der einzelnen Bedarfsgruppen am Gesamtbedarf angemessen werden, die der tatsächlichen Größenordnung der Haushaltsausgaben entsprechen. Weides trifft jedoch für die Berechnungsgrundlage der Reichsindexzahl für die Lebenshaltungskosten nicht zu.

Nach der letzten amtlichen Erhebung von Wirtschaftszählungen von 1927/28 verbraucht die Arbeiterausbildung in vier Wochen nicht 45 Kilo Brot und Backwaren, sondern nur 29 Kilo, nicht 85 Kilo Fleisch und Fleischwaren, sondern 113 Kilo, nicht 28 Eier, sondern 36, nicht 15 Kilo Gemüse, sondern nur 10 Kilo, nicht 11 Kilo Nahrungsmittel, sondern 6 Kilo und nicht 50 Kilo Kartoffeln, sondern nur 39 Kilo. Die Unterschiede sind also zum Teil recht erheblich. Obst und Süßfrüchte, die in den letzten Jahren auch für die Arbeiterhaushaltungen zu wichtigen Nahrungsmitteln geworden sind, fehlen in der Aufstellung des Ernährungsbedarfs vollständig.

Bei den Ausgaben für Wohnungsmiete einschließlich der vom Mieter regelmäßig zu zahlenden Nebengebühren werden die Kosten einer Zweizimmer-Wohnung mit Küche zugrunde gelegt. Daß viele Arbeitnehmer mit ihrer Familie gezwungen sind, in erheblich teureren Neubauwohnungen zu wohnen oder Altwohnraum zu hohen Sätzen abzumieten, wird jedoch nicht berücksichtigt. Auch für die Einrichtung und Instandhaltung der Wohnung sind keine Ausgaben vorgesehen. Die Arbeiterhaushaltung benötigt aber für

diese Zwecke im Durchschnitt 3,5 v. H. der Gesamtausgaben. Der amerikanische Lebenshaltungsindex liegt über 5 v. H. der Gesamtausgaben für Möbel und Einrichtungsgegenstände vor.

Als Jahresverbrauch einer fünfköpfigen Familie werden fünfzehn verschiedene Bekleidungsgegenstände angenommen; je ein Herren- und Knabenanzug, ein Mädchenkleid, ein Frauenrock, zwei Blusen, je sechs Männer- und Frauenhemden, sechs Meter Seidentuch, sechs Paar Männersocken, sechs Paar Frauenstrümpfe, je ein Paar Männer- und Frauenstiefel, zwei Paar Kinderstiefel, achtmaliges Besohlen mit Abfäßen von Männerstiefeln.

Wenn diese Bekleidungsgegenstände auch nur den Rahmen jenen sollen, innerhalb welchem sich der Bekleidungsbedarf einer Familie bewegt, so muß aber festgestellt werden, daß dieser Rahmen viel zu eng und ganz und gar nicht mehr zeitgemäß ist. Welche Frau braucht einen Frauenrock, was ist ein Frauenstiefel, wer arbeitet noch Seidentuch? Der heutigen Generation sind solche Begriffe fremd.

Vollständig unzureichend ist auch das, was unserer Familie als sonstiger Bedarf in vier Wochen zugestanden wird, nämlich ein Stück Toilettenseife, anderthalb Pilo Wäsche, zwei Kilo Soda, zwei Schachteln Stiefelwachs, ein Scheuertuch, ein Handtuch, zweimal Haarschneiden, achtmal Rasieren, eine Tageszeitung, vier Kesselfeste, sechs Pfeifchen und vier Pläke in einem einfachen Lichtspieltheater. Hier fehlt fast alles, was eine Arbeiterfamilie neben den Ausgaben für Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung noch für Gesundheits- und Körperpflege, für Sport, Radio, Theater- und Konzertbesuch, Ausflüge und Vergnügungen ausgeben muß.

Werden die prozentualen Anteile der einzelnen Ausgabengruppen an den Gesamtausgaben (ohne Steuern und Versicherungen), die der Indexberechnung zugrunde liegen, den diesbezüglichen Ergebnissen der Erhebung von Wirtschaftszweigen von 1927/28 gegenübergestellt, ergibt sich folgendes Bild:

	Die Index- grundlage	Ergebnis der Statistik von 1927/28 über die Haus- haltungsrechnungen
Ernährung	54,8	50,5
Wohnung	20,4	11,2
Heizung und Beleuchtung	5,5	4,0
Bekleidung	10,0	14,2
Sonstiger Bedarf	9,3	20,1
Gesamtausgaben	100,0	100,0

Die Größenordnung der Indexgrundlage entspricht also keineswegs mehr den wirklichen Verbrauchsverhältnissen: Die Anteile der Ausgaben für Ernährung, Wohnung und Heizung sowie Beleuchtung sind zum Teil viel größer, und die Anteile der Be-

leidungsausgaben und der Ausgaben für den sonstigen Bedarf sind erheblich kleiner als die entsprechenden Anteile, die sich bei der letzten Statistik des Haushaltsverbrauchs ergeben haben. Es werden also beim Lebenshaltungsindex in seiner gegenwärtigen Konstruktion gerade die Bedürfnisse, deren Kosten unterdurchschnittlich gestiegen sind, stärker zur Geltung gebracht und die Positionen Bekleidung und sonstiger Bedarf, deren Kosten im Vergleich mit der Vorperiode weit mehr gestiegen sind, vernachlässigt.

Zum Schluß ist zur Berechnungsgrundlage der Indexzahl noch zu sagen, daß die fünfköpfige „Normal“-Familie dem durchschnittlichen Größenverhältnis der Familien in Deutschland nicht mehr entspricht. Die letzte Volkszählung im Jahre 1925 hat für die Arbeiterfamilien eine durchschnittliche Größe von 3,9 Köpfen ermittelt.

Trotz der vorhandenen Schwierigkeiten muß alles versucht werden, die Berechnungsgrundlage der Indexzahl so auszubauen, daß der Index in Zukunft zu einem wahrheitsgetreuen Spiegelbild der Lebenshaltungskosten wird. Um dieses Ziel erreichen zu können, ist es vor allem notwendig, daß sich die neue Berechnungsgrundlage an die letzte amtliche Erhebung von Wirtschaftsrechnungen von 1927/28 anlehnt. Es müssen also bei den Ernährungsausgaben vor allem die Veränderungen der Verbrauchsgewohnheiten berücksichtigt werden.

Bei den Ausgaben für die Wohnung ist auf den Anstieg Mäntel zu nehmen, daß heute ein großer Prozentsatz minderbemittelter Familien genötigt ist, Mieten zu zahlen, die zum Teil beträchtlich höher sind als die jetzt im Index zum Ausdruck kommenden Zwangsmieten. Außerdem müssen Kosten für die Einrichtung und Instandhaltung der Wohnung in das Indexschema eingestellt werden. Der Bekleidungsbedarf muß den größer gewordenen Ansprüchen und der veränderten Bedarfsrichtung (Kunststoffe als Material für Unterzeug und Strümpfe, Frauenschuhe an Stelle von Stiefeln und dergleichen) angepaßt werden. Vor allem müßte aber der sonstige Bedarf im Indexschema eine Berücksichtigung finden, die der Bedeutung der sonstigen Ausgaben (für die Arbeiterhaushaltung 1/2 aller Haushaltsausgaben!) entspricht. Schließlich wird sich auch eine Möglichkeit finden lassen, um die Steuern, die sozialen Abgaben und auch die Verbandsbeiträge, die zusammen für die Arbeiterhaushaltung mehr als 1/2 der Gesamtausgaben beanspruchen, in einer geeigneten Form in die Indexberechnung einzubeziehen. Die deutschen Gewerkschaften sehen den bevorstehenden Kommissionsberatungen mit Interesse entgegen und erwarten, daß endlich einmal etwas Endgültiges zustande kommt.

Gefährdung des Tariffsystems.

Mit der Entwicklung des Tarifwesens erhöht sich die Bedeutung der Frage nach der Spanne zwischen den tariflichen und den tatsächlichen Löhnen. Bei der Vorherrschaft der tariflichen Regelung bedeutet eine allzu große Spanne zwischen den tatsächlichen Arbeitsverdiensten und den Tariflöhnen, daß der Lohn der betreffenden Arbeitnehmergruppe tariflich nicht gebunden und folglich auch nicht geschützt ist, daß hier in Bezug auf die Löhne tatsächlich ein tarifloser Zustand herrscht, gleichgültig, ob dies auf besonders hohe Anforderverdienste oder auf ungewöhnlich tiefe Tariflöhne zurückzuführen ist.

In seinem Aufsatz „Das Tarifwesen und der Kampf um den Lohn“, der in der „Arbeit“, 1930, Heft 1, erschienen ist, prüft Vladimir Boginski die Bedeutung dieser Spanne. Nachdem er die Bewegung der Tariflöhne und der tatsächlichen Arbeitsverdienste in den letzten sechs Jahren untersucht hat, kommt er zu folgenden für die augenblickliche Situation bedeutsamen Ergebnissen:

1. Unter der Vorherrschaft des Tariffsystems zerlegt sich der Lohn in zwei Bestandteile mit verschiedener volkswirtschaftlicher Bedeutung: Der Tariflohn stellt den verhältnismäßig unbeweglichen Teil des Lohnes dar, der möglichst einheitlich für den ganzen Beruf und für längere Frist festgesetzt wird; der übertarifliche Verdienst ist der bewegliche Teil des Lohnes, der sich von Betrieb zu Betrieb und von Monat zu Monat verändern kann.

2. Der Tariflohn wies in den letzten Jahren eine strukturelle Aufwärtsbewegung auf, die im großen ganzen dem Fortschritt der Wirtschaft entsprach und deren Schnelligkeit jederzeit durch die Wirtschaftslage (Konjunktur) bedingt war. Die übertariflichen Verdienste schwanken dagegen mit jedem Auf- und Abstieg der Konjunktur.

Diese doppelte Bewegung entspricht der wirtschafts- und sozialpolitischen Funktion des kollektiven Arbeitsabkommens, das die Vereinheitlichung und Stabilisierung der Lohnbedingungen im Lande ohne Gefährdung ihrer Beweglichkeit und Anpassungsfähigkeit anstrebt.

Aber wenn dies der Sinn des Systems von Tarifverträgen ist, dann muß man sich hüten, dieses System widerständig zu machen!

Keram- und Glas-Industrie Großbritanniens 1930.

Das Jahr 1930 war auch in Großbritannien eine Zeit schwerer Wirtschaftskrise. Es war ausgezeichnet durch eine starke und fortwährende Zunahme der Arbeitslosigkeit, durch sinkende Löhne und einen Rückgang der industriellen Produktion, dem die Verbilligung der Arbeitskosten nicht im mindesten Einhalt tun konnte. Die Massenverbrauchsstärke erlitt eine weitere bedeutende Schwächung.

Die Indexziffer der industriellen Produktion, welche auf der Grundlage des Jahresdurchschnitts von 1924 (= 100) ermittelt wird, war 1927 auf 107 gestiegen, 1928 ging sie auf 102 zurück und 1929 betrug sie 111. Im ersten Vierteljahr 1930 blieb sie auf gleicher Höhe, im zweiten Vierteljahr auf 103.

Die Indexziffer der Ausfuhr — wieder 1924 als Ausgangsjahr = 100 angenommen — betrug 1927 102, 1928 105, 1929 108, 1930 (9 Monate) 91. Der Einfuhrindex, bei 1924 = 114 erreicht hatte, sank im ersten neun Monaten 1930 auf 102.

Wiel deutlicher als in den Statistiken der Produktion und des Außenhandels kommt die Krise in der Statistik der Arbeitslosigkeit zum Ausdruck, was beweist, daß die Arbeitnehmer härter betroffen werden als andere Kreise.

Die Gesamtzahl der in Großbritannien (ohne Nordirland) gegen Arbeitslosigkeit versicherten Personen stieg zwar von 11 831 000 im Juli 1929 auf 12 133 000 im Juli 1930, die Zahl der in Arbeit stehenden versicherten Personen nahm aber von 10 207 000 1929 auf 9 764 000 1930 ab.

In Großbritannien und Nordirland zusammen unterstanden Mitte 1930 12 405 700 Personen der Arbeitslosenversicherung. Davon trafen auf die

	überhaupt		
	männl.	weibl.	Personen
Großkeramindustrie	94 680	77 250	7 430
Feinkeramindustrie	78 500	35 750	42 830
Glasindustrie	17 230	14 200	2 240
Sonstige Glasindustrie	22 610	22 330	6 240

In der Keramindustrie hat die Zahl der Versicherten gegenüber 1929 zugenommen, und zwar in der Großkeramik

Widersinnig wird es, wenn die tariflichen Lohnsätze so tief unter dem Stand der tatsächlichen Verdienste gehalten werden, daß sie diese nicht mehr zu beeinflussen, d. h. zu vereinheitlichen und zu stabilisieren vermögen. Wo der übertarifliche Verdienst 50, 70 oder sogar 100 v. H. des Tariflohnes beträgt, herrscht tatsächlich ein tarifloser Zustand, für den nicht allein die Vertragsparteien, sondern nicht zuletzt die Schlichtungsinstanzen die Verantwortung tragen, deren Pflicht es ist, zur gegebenen Zeit den Vertragsparteien klarzumachen, daß die Tarifverträge, die sie abschließen, keinen Sinn haben, und darauf zu dringen, daß die fiktiven Tarifsätze aus der Welt geschafft werden.

Dies fällt aber nicht schwer ins Gewicht im Vergleich mit dem anderen Widerstand, der sich gegenwärtig vor unseren Augen abspielt, mit dem Verzicht der Regierung und des Reichsarbeitsministers, die Tariflöhne in einen Spielball der Konjunkturschwankungen zu verwandeln.

Gegen das Abgleiten des Arbeitsverdienstes bei der Depression gibt es leider kein Mittel. Der Sinn des Tariffsystems ist aber, daß es im voraus diese Bewegung in einen Rahmen zwingt: Die übertariflichen, mit der Konjunktur gestiegenen Verdienste können herabgedrückt werden, an den Tariflöhnen darf dagegen nicht gerüttelt werden! Auf diese Weise wird ein wichtiges Element der Stabilität der wirtschaftlichen Bedingungen geschaffen.

Ein Reichsarbeitsminister, der sich nach der Senkung der übertariflichen Verdienste an die Spitze des allgemeinen Angriffs des Unternehmertums gegen die Tariflöhne stellt, verkennt den Sinn der tarifvertraglichen Regelung der Löhne, ebenso wie die Folgen seiner Politik. Gleichzeitig mit der Untergrabung des Vertrauens der Arbeiterschaft zum Tarif- und Schlichtungswesen führt diese Politik zur Verschärfung der auf der gesamten Volkswirtschaft lastenden Waise-Hochzins. Die allmähliche Abbröckelung der Tariflöhne läßt die Bevölkerung eine Preissteigerung erwarten (die in Wirklichkeit kaum kommen wird) und unterstützt jenen Generalstreik der Käufer, der zwangsläufig zur weiteren Einschränkung der Produktion und Steigerung der Arbeitslosigkeit führt. Dies alles inmitten einer schweren Vertrauenskrise, wo alles auf die Aufrechterhaltung und Stärkung der Stabilität der Wirtschaft eingestellt werden müßte!

gegen wiesen die Arbeiterinnen immer eine höhere Arbeitslosigkeit auf als die männlichen Arbeiter.

An Lohnerhöhungen waren 1930 760 000 Arbeiter beteiligt, an Lohnsenkungen dagegen 1 098 000 Arbeitnehmer. Schon seit 1921 sind die Lohnsenkungen bedeutend umfangreicher, als die Lohnerhöhungen, sowohl was die Zahl der beteiligten Arbeitnehmer wie den Betrag der Lohnänderungen betrifft. In der Keramik-, Glas- und chemischen Industrie, welche die amtliche Statistik auf einer Gruppe zusammenfaßt, waren die kollektiven Lohnänderungen 1930 nicht bedeutend. Es hatten 700 Arbeiter an Lohnerhöhungen teil und 2650 Arbeiter erlitten Lohnkürzungen. Das Reinergebnis (Betrag der Erhöhungen abzüglich des Betrages der Kürzungen) war eine Steigerung der Wochenlohnsumme der Beteiligten um etwa 6500 RM.

Die Streikbewegung war 1930 von geringem Umfang. An 416 Streikeinstellungen in allen Wirtschaftszweigen waren 308 000 Arbeiter beteiligt. In der Keramik- und Glasindustrie kamen nur 7 Streiks mit 600 beteiligten Arbeitern vor.

Die Kosten der Lebenshaltung sanken von Januar bis Juni, um dann etwas anzusteigen und im Dezember neuerdings zu sinken. Anfangs Januar waren sie um 66 Proz., Ende Dezember um 53 Proz. höher als im Juli 1914.

Die „Grüne Woche“ und die maßlosen Forderungen der Agrarier.

In den Ausstellungshallen der Stadt Berlin fand die alljährlich stattfindende Ausstellung „Grüne Woche“ statt. Bei dieser Ausstellung von Jahr zu Jahr beachtet, merkt den deutschen Fortschritt, der auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen Produktion erzielt wird. Die „Grüne Woche“ ist keine Verkaufsmesse, sondern mehr oder weniger eine Lehrschau. Es ist ein Versuch, dem Landwirt an Hand praktischer Möglichkeiten zu zeigen, wie er zur Überwindung der Krise aus eigener Kraft beitragen kann. Produktionsumstellung und Absatzförderung war das Motto, unter dem die diesjährige Ausstellung stand. In wirklichen Darstellungen wurde zu zeigen versucht, was die heimische Scholle liefert, was von der städtischen Bevölkerung gebraucht und aus dem Ausland eingeführt werden muß. Auf dem Gebiete der Milchwirtschaft, der Vieh- und Fleischwirtschaft, Fischerei, Geflügelzucht, Garten- und Gemüsebau wurden Spitzenleistungen gezeigt. Eine Schau „Die Technik in der Landwirtschaft“ veranschaulichte die Tätigkeit, die das Reichskuratorium für Technik in der Landwirtschaft in der letzten Zeit geleistet hat. Zu sehen waren prächtige Exemplare der Geflügelzucht, eine Rindenschau und vieles andere. Eine spezielle Angelpartausstellung, eine Jagd-Ausstellung und andere Sonderdarstellungen bewiesen, welche rastlose Tätigkeit auf den verschiedenen Gebieten geleistet wird, um das deutsche Volk auf der heimischen Scholle zu ernähren. Für die großstädtische Bevölkerung bot die „Grüne Woche“ einen guten Anschauungsunterricht von der Tätigkeit des Landvolkes. Der ernste Wille, der hier unverkennbar ist, muß anerkannt werden.

Leider ist die alljährlich stattfindende Ausstellung mit Kundgebungen der Landwirte verbunden. Die traditionelle Tagung des Reichslandbundes im Circus Busch gestaltete sich in der Regel zu einer einseitigen wirtschaftspolitischen Kundgebung, die sich gegen alles richtet, das sich der Landwirtschaft, vermeintlich entgegenstellt. Scharfe Reden wurden dort wiederum gehalten. Unter Zustimmung der Versammlung konnte ein Redner folgendes ansprechen: „Kampf dieser Reichsregierung! Fort mit diesem System! Zurück zur Bismarck-Politik, zu einer Politik der Bodenständigkeit! Vorwärts zu einem neuen Reich! Aufwärts zu Deutschlands Freiheit!“ Der Hauptredner faßte seine Forderungen in folgenden Punkte zusammen:

1. Rettung der Landwirtschaft vor dem völligen Erliegen.
2. Freigabe der deutschen Wirtschaft von den Fesseln des Young-Planes.
3. Abbau der die Hälfte des Arbeitsverdienstes des deutschen Volkes aufzehrenden Ausgaben der öffentlichen Hand.
4. Umstellung der gesamten sozialen Fürsorge aus ihrer heutigen Form, in der sie nicht nur einen Anreiz, sondern geradezu in vielen Fällen einen Zwang zur Arbeitsenthaltung bedeutet.

Derartige Forderungen werden aufgestellt, obwohl der Landwirtschaft aus Mitteln der Allgemeinheit jährlich Milliarden zugeflossen werden. Die Bevölkerung muß hohe Lebensmittelpreise bezahlen, und trotzdem diese Angriffe auf die Republik. Das muß auch einmal eine Grenze haben.

100 Milliarden Reichsmark Produktionsausfall.

Die Weltarbeitslosigkeit beträgt zur Zeit 20 Millionen. Die meisten Menschen vermögen sich keine Vorstellung zu machen, welchen Schaden die Volkswirtschaft durch eine so hohe Arbeitslosigkeit erleidet. 20 Millionen arbeitsfähiger Menschen bedeutet eine Puffer, die etwa so groß ist, wie die der gesamten deutschen Arbeiterschaft. Diese riesige Produktivkraft ist aus dem Produktionsprozess und der Warenversorgung der Welt ausgeschaltet. Prof. Julius Hirsch, Berlin, schätzt den Produktionswert eines arbeitenden Menschen auf jährlich 5000 RM. Der englische Nationalökonom Keynes kommt zu einer Schätzung von 220 Pfund Sterling (4400 RM). Währen hat die Abschaltung der Arbeitskraft von 20 Millionen Menschen einen Produktionsausfall von rund 100 Milliarden Reichsmark jährlich zur Folge. Die Konjunkturforschung glaubt, daß durch den Ausfall von Produktionsgütern sich halb Milliarden in der internationalen Bedarfsbefriedigung bemerkbar machen müssen. Daraus wird ein Umschwung in der Konjunktur in nicht ferner Zeit herbeigeführt. Hierbei wird aber vergessen, daß die Technisierung und Rationalisierung des Produktionsprozesses den Arbeitsbedarf so gesteigert hat, daß die ursprüngliche Produktionsmenge auch von einer geringeren Zahl von Arbeitskräften geleistet werden kann. Des geringeren wird aber durch die Arbeitslosigkeit hervorgerufene Kaufkraftausfall nicht genügend gewürdigt. Wie dem aber auch sei, der Bestand von 20 Millionen Arbeitslose zeigt erschreckend, in welcher Krise sich die kapitalistische Wirtschaft befindet.

Heiratshäufigkeit und Beschäftigungsgrad.

Nach den Untersuchungen des Statistischen Reichsamtes liegt bei der günstigen Wirtschaftslage im Jahre 1925 die Gesamtziffer der Eheschließungen von ledigen Männern zeitweise über den Vorkriegsstand hinaus an, allerdings nur insoweit der bauernden Erhöhung der Heiratshäufigkeit der über 30 Jahre alten Männer. Die unter 30 Jahre alten heirateten auch im Jahre 1925 ständig weniger als im Durchschnitt der Jahre 1910/11. Unmittelbar nach dem Wiederanschwellen der Arbeitslosigkeit gegen Ende 1925 begann ein erneuter Rückgang der Heiratshäufigkeit, in dessen Verlauf sie bis zum 3. Vierteljahr 1926 sogar wieder den tiefsten Stand des Jahres 1924 erreichte. Von Ende 1926 bis Mitte 1928 stieg die Heiratshäufigkeit mit der Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse fast ununterbrochen an. Auch die Heiratsziffer der unter 30 Jahre alten Männer lag im größten Teil des Jahres 1928 über dem Vorkriegsstand, da nunmehr die in den Vorjahren unterbliebenen Eheschließungen zum Teil nachgeholt wurden. Die zunächst langsame Wiederabnahme der Heiratshäufigkeit im Jahre 1929 ist im Jahre 1930 mit der Verschärfung der Wirtschaftskrise in einen raschen Absturz übergegangen.



Flaschenindustrie auf dem Kriegspfad.

Nachdem die Vereinigung Deutscher Flaschenfabriken es mit der Aufkündigung der Lohn- und Mantelverträge sehr eilig hatte, war damit zu rechnen, daß die Forderungen zur Neuregelung der Tarifverträge in ebenso eiligem Tempo ohne genügende Begründung für die Verhältnisse aufgestellt werden. Wir sind bei der Ueberreichung der Forderungen der Vereinigung Deutscher Flaschenfabriken nicht enttäuscht worden. Sind es diesmal auch nur fünf Schreibmaschinenseiten, so ist der Inhalt dieser fünf Seiten schwerer als der der Forderungen im August 1930.

Auf der ersten Seite der uns übermittelten Forderungen steht es los mit 12 Proz. Abbau für Sandflaschenmacher, 8 Proz. für Demohn und Weibglas, und 25 Proz. für Ballonmacher. Fortfall der Ortszuschläge in Höhe von 12 Proz., Verabreichung der Zuschläge für Grobglas bis zu 10 Proz. Das schöne Sprichwort des Volksmundes: "Weisheit ist eine Bier, doch weiter kommt man ohne ihr!" scheint die Vereinigung Deutscher Flaschenindustrieller nur im letzten Teil zu kennen.

Wenn in den zurückliegenden, wirtschaftspolitisch bewegten Jahren die Arbeiter mit ihren Organisationen derartig erpöbiant hohe Forderungen der Vereinigung Deutscher Flaschenfabriken überreicht hätten, dann wäre die Vereinigung sicher auf den Gedanken gekommen, daß solche Forderungen nicht ernst zu nehmen sind, und daß sie durch den Druck der Straße, wie man es oftmals hinstellte, entstanden wären. Bei den uns überreichten Forderungen muß die Frage aufgeworfen werden: "Unter welchem Druck die Vereinigung Deutscher Flaschenfabriken gehandelt hat?"

Die Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände hat doch eine allgemeine Marschrouten bei der jetzigen Lohnabbaupolitik von 10 bis 15 Proz. Abbau empfohlen. Da die Vereinigung Deutscher Flaschenfabriken mit ihren Forderungen weit über dieses Ziel hinausgeschossen ist, können dieselben von uns nicht ernst genommen werden. Sicher werden auch Schlichtungsbehörden sich nicht unter Druck setzen lassen, da wirtschaftlich vom Standpunkt der Flaschenindustrie die Forderungen sich durchaus nicht begründen lassen. Vom Standpunkt der Arbeitnehmererschaft und ihrer Einkommenslage aus sind die Forderungen geradezu unverständlich. Sie zeigen einen ziemlich reaktionären Kurs, der ähnlich nur noch in einigen schwerindustriellen Zweigen der deutschen Wirtschaft vorzufinden ist. Na, die deutsche Flaschenindustrie hat sich mit Hilfe fleißiger Arbeiterverbände vom Kleinbetrieb zum Großkonzern entwickelt, und jetzt wird der fleißige Arbeiter durch reaktionäre Machination für seine Hilfe bestraft. Sollten etwa auch Ueberrationalisierung und Restinvestitionen von Kapital in der Flaschenindustrie zu so hohen Lohnabbauforderungen Veranlassung sein?

Mit den angebotenen Forderungen ist das Maß des Unmöglichen aber noch lange nicht erschöpft. Wir wollen der Deutlichkeit eine Forderung, die von niemandem verstanden werden kann, unterbreiten. Es heißt auf Seite vier des uns überreichten Entwurfs:

Soweit keine wöchentliche Verdienstmöglichkeit

bis 50 RM besteht, tritt Kürzung um	10 Proz. ein,
bis 55 RM besteht, tritt Kürzung um	14 Proz. ein,
bis 60 RM besteht, tritt Kürzung um	20 Proz. ein,
bis 65 RM besteht, tritt Kürzung um	24 Proz. ein,
bis 70 RM besteht, tritt Kürzung um	28 Proz. ein,
und darüber, tritt Kürzung um	32 Proz. ein.

Diese Annahme der Lohnkürzung wird Qualitätsarbeitern an Hand- und vollautomatischen Maschinen gestellt. Nimmt man den Meistlohn zur Hand und stellt die notwendigen Errechnungen an, so ergibt sich, daß alle Verdienste auf eine Staffel von 45 bis 60 RM pro Woche zurückrevidiert werden sollen. Vor mehreren

Glasarbeiterkonferenz der Grafschaft Glas.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse in der Kristallglasindustrie der Grafschaft Glas, sowie die Lohnabbaumaßnahmen, die die Arbeitgeber sowohl im Riesengebirge als auch in der Grafschaft planen, gaben Veranlassung zu der am 29. Januar 1931 in Klitters stattgefundenen Konferenz. Der Bedeutung der Tagung entsprechend, hatte die Leitung des Rautschischen Bundes den Kollegen Girbig zur Information entsandt. Auch die Kollegenenschaft des Riesengebirges hatte Vertreter geschickt, die die Aufgabe hatten, die Verbindung der beiden Kristallglasbezirke so gut als möglich aufrechtzuerhalten. Eingangs seiner Ausführungen wies der Leiter der Konferenz, Kollege Lehmann-Girbig, darauf hin, daß nicht nur die Arbeitgeber, sondern auch schon die halbamtlichen Industrie- und Handelskammern den Kampf gegen die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Glasarbeiter begonnen haben. In einem Bericht, den die Handelskammern Niederschlesiens veröffentlicht haben, wird darauf verwiesen, daß vor allem die Arbeitslosenunterstützung für die Beschäftigten der Glasindustrie gekürzt werden müsse. Die Glasindustrie sei ein Saisongewerbe, mithin müßten auch die Arbeitnehmer hinsichtlich der Höhe der Unterstützung dementsprechend behandelt werden. Früher sei in der stillen Zeit mit niedrigen Löhnen es möglich gewesen, über die Schwierigkeiten hinwegzukommen, während jetzt durch die Tarifverträge die Glasarbeiter mit aller Energie dagegen ankämpfen, von ihren Löhnen zurückzugehen. Kollege Lehmann bezeichnete den Bericht der Handelskammer als offensichtliche Unrichtigkeit. Trotzdem in den letzten Jahren, und zwar seit 1926 an, wiederholt Kürzungen der Lohnsätze in ganz erheblichem Ausmaß erfolgt sind, ist die Beschäftigtenmasse nicht immer geringer geworden. Auch die geplanten Verschlechterungen der Lohnbedingungen werden den erhofften Erfolg kaum herbeiführen.

Um nun schneller zum Ziele zu kommen, bedient man sich bei den Firmen im Riesengebirge und der Grafschaft recht eigenartiger Mittel. Man verhandelt nicht mit den Gewerkschaften, sondern versucht, die Arbeitnehmer einzeln heranzubolen, um mit ihnen verschärfte Lohn- und Arbeitsbedingungen im Einzelfall zu vereinbaren. Auf diese Weise will man die Organisation vor vollendete Tatsachen stellen. Das bei im Tarifvertrag vorgesehene Mitwirken der Preiskommissionen nach Möglichkeit umgangen wird, ist dabei kaum verwunderlich. Gegen eine rapide Verschlechterung der Löhne gibt es zunächst nur ein Mittel, nämlich die Geschlossenheit der Kollegen durch festes Zusammenhalten im Verband herbeizuführen.

Interessant sind die Machenschaften der Firmen, um eine Gruppe der Kristallglasindustrie gegen die andere anzuspielen. Die Unternehmer des Riesengebirges verweisen auf die Konkurrenz der Grafschaft Glas, während diese gemeinsam mit jenen auf die Konkurrenz Bayerns verweisen. Bayern wiederum bezieht sich über die Schmutzkonkurrenz des Riesengebirges und der Grafschaft Glas. So wird es schwer, herauszufinden, inwieweit die Feststellungen der Unternehmer Wahrheit oder Dichtung darstellen. In den Lausitzer Betrieben wiederum ver-

breitete man in den Reihen unserer Kollegen die Nachricht, daß in der Grafschaft Glas Betriebe vorhanden seien, die ihre Arbeitnehmer in der Höhe der Höhe der Arbeitslosenversicherung entlohnten. Nachprüfungen ergaben, daß ein finanziell außerordentlich schlecht dastehender Betrieb Abschlagszahlungen in Höhe der Unterstützung bis auf weiteres nur zu zahlen in der Lage ist. Man sieht also, es ist kein Mittel niedrig genug, das von den Herren Unternehmern nicht angewendet wird, um einen Betrieb gegen den anderen und ein Wirtschaftsgebiet gegen das andere auszuspielen.

Sodann kam der Kollege Lehmann auf den Wert der Berichtserstattung zu sprechen und erwähnte zur gewissenhaften Meldung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Die Bedeutung der Akfordbeteiligung der Gehilfen ist leider von unseren Kollegen zu spät erkannt worden. Jetzt ist es schwer, das zu erreichen, was früher erkannt worden ist. Jetzt ist es schwer, das zu erreichen, was früher erkannt worden ist. Jetzt ist es schwer, das zu erreichen, was früher erkannt worden ist.

Sofern man in den Reihen unserer Kollegen die Nachricht, daß in der Grafschaft Glas Betriebe vorhanden seien, die ihre Arbeitnehmer in der Höhe der Höhe der Arbeitslosenversicherung entlohnten. Nachprüfungen ergaben, daß ein finanziell außerordentlich schlecht dastehender Betrieb Abschlagszahlungen in Höhe der Unterstützung bis auf weiteres nur zu zahlen in der Lage ist. Man sieht also, es ist kein Mittel niedrig genug, das von den Herren Unternehmern nicht angewendet wird, um einen Betrieb gegen den anderen und ein Wirtschaftsgebiet gegen das andere auszuspielen.

Sofern man in den Reihen unserer Kollegen die Nachricht, daß in der Grafschaft Glas Betriebe vorhanden seien, die ihre Arbeitnehmer in der Höhe der Höhe der Arbeitslosenversicherung entlohnten. Nachprüfungen ergaben, daß ein finanziell außerordentlich schlecht dastehender Betrieb Abschlagszahlungen in Höhe der Unterstützung bis auf weiteres nur zu zahlen in der Lage ist. Man sieht also, es ist kein Mittel niedrig genug, das von den Herren Unternehmern nicht angewendet wird, um einen Betrieb gegen den anderen und ein Wirtschaftsgebiet gegen das andere auszuspielen.

Sofern man in den Reihen unserer Kollegen die Nachricht, daß in der Grafschaft Glas Betriebe vorhanden seien, die ihre Arbeitnehmer in der Höhe der Höhe der Arbeitslosenversicherung entlohnten. Nachprüfungen ergaben, daß ein finanziell außerordentlich schlecht dastehender Betrieb Abschlagszahlungen in Höhe der Unterstützung bis auf weiteres nur zu zahlen in der Lage ist. Man sieht also, es ist kein Mittel niedrig genug, das von den Herren Unternehmern nicht angewendet wird, um einen Betrieb gegen den anderen und ein Wirtschaftsgebiet gegen das andere auszuspielen.

Sofern man in den Reihen unserer Kollegen die Nachricht, daß in der Grafschaft Glas Betriebe vorhanden seien, die ihre Arbeitnehmer in der Höhe der Höhe der Arbeitslosenversicherung entlohnten. Nachprüfungen ergaben, daß ein finanziell außerordentlich schlecht dastehender Betrieb Abschlagszahlungen in Höhe der Unterstützung bis auf weiteres nur zu zahlen in der Lage ist. Man sieht also, es ist kein Mittel niedrig genug, das von den Herren Unternehmern nicht angewendet wird, um einen Betrieb gegen den anderen und ein Wirtschaftsgebiet gegen das andere auszuspielen.

Sofern man in den Reihen unserer Kollegen die Nachricht, daß in der Grafschaft Glas Betriebe vorhanden seien, die ihre Arbeitnehmer in der Höhe der Höhe der Arbeitslosenversicherung entlohnten. Nachprüfungen ergaben, daß ein finanziell außerordentlich schlecht dastehender Betrieb Abschlagszahlungen in Höhe der Unterstützung bis auf weiteres nur zu zahlen in der Lage ist. Man sieht also, es ist kein Mittel niedrig genug, das von den Herren Unternehmern nicht angewendet wird, um einen Betrieb gegen den anderen und ein Wirtschaftsgebiet gegen das andere auszuspielen.

Sofern man in den Reihen unserer Kollegen die Nachricht, daß in der Grafschaft Glas Betriebe vorhanden seien, die ihre Arbeitnehmer in der Höhe der Höhe der Arbeitslosenversicherung entlohnten. Nachprüfungen ergaben, daß ein finanziell außerordentlich schlecht dastehender Betrieb Abschlagszahlungen in Höhe der Unterstützung bis auf weiteres nur zu zahlen in der Lage ist. Man sieht also, es ist kein Mittel niedrig genug, das von den Herren Unternehmern nicht angewendet wird, um einen Betrieb gegen den anderen und ein Wirtschaftsgebiet gegen das andere auszuspielen.

Sofern man in den Reihen unserer Kollegen die Nachricht, daß in der Grafschaft Glas Betriebe vorhanden seien, die ihre Arbeitnehmer in der Höhe der Höhe der Arbeitslosenversicherung entlohnten. Nachprüfungen ergaben, daß ein finanziell außerordentlich schlecht dastehender Betrieb Abschlagszahlungen in Höhe der Unterstützung bis auf weiteres nur zu zahlen in der Lage ist. Man sieht also, es ist kein Mittel niedrig genug, das von den Herren Unternehmern nicht angewendet wird, um einen Betrieb gegen den anderen und ein Wirtschaftsgebiet gegen das andere auszuspielen.

Einstellung vorzuziehen pflegt und der Fragen enthält, die unserer Meinung nach nicht unbedingt erforderlich sind, um den Abschluß eines Arbeitsvertrages vorzunehmen. Die Organisation wird einen Gegenschritt bringen, der den Ansprüchen unserer Kollegen gerecht wird.

Mit einer Mahnung, die Organisation im Betriebe zu stärken, um damit das einzige Mittel zu erreichen, das geeignet ist, einer Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen entgegenzutreten, wurde die außerordentlich ausschlagreiche Konferenz geschlossen.

Schiedspruch für die Glasinstrumenten-Industrie

Der Mantel- und Lohnvertrag für die Glasinstrumentenindustrie in Thüringen war am 31. Dezember 1930 abgelaufen. Wiederholt stattgefundenen Verhandlungen über den Neuaufschluß des Lohnvertrages und Verhandlungen über den Manteltarifvertrag führten zu keiner Verständigung zwischen den Parteien. Die Unternehmer verlangten bedeutende Verschlechterungen der Bestimmungen des Mantelvertrages und einen Lohnabbau von 12 Proz. Der bisherige Akfordzuschlag sollte außerdem von 20 Proz. auf 15 Proz. herabgesetzt werden und der Akfordausgleich für im Zeitlohn beschäftigte Facharbeiter anstatt 15 Proz. nur noch 5 Proz. betragen. Am 23. Januar 1931 hatte eine beim Schlichter für Mitteldeutschland in Erfurt gebildete Schlichterkammer sich mit dem Tarifstreit zu befassen. Bei den Verhandlungen vor der Schlichterkammer machten die Unternehmer kein Hehl daraus, daß sie einen tariflosen Zustand herbeiwünschten und an die Bestimmungen von Tarifverträgen nicht gebunden sein wollten. Unter diesen Umständen war an eine Verständigung auch vor der Schlichterkammer nicht zu denken.

Nach sechsständigen Beratungen in der Schlichterkammer wurde ein Schiedspruch gefällt, der den Manteltarifvertrag mit einigen nicht allzu bedeutenden Änderungen der bisherigen Bestimmungen wieder in Kraft setzt. Neu aufgenommen wurde eine Bestimmung, nach welcher auch die Lehrlinge vom Tarifvertrag erfasst werden. Es wurde demzufolge die Urlaubsregelung für Lehrlinge abweichend von den allgemeinen Urlaubsbestimmungen derart festgesetzt, daß im ersten Lehrjahre der Höchsturlaub von 6 Werktagen zu gewähren ist. Ferner wurden die Bestimmungen über den Akfordzuschlag und über den Akfordausgleich für im Zeitlohn beschäftigte Facharbeiter in den Mantelvertrag aufgenommen, die bisher in der Lohnliste enthalten waren. Eine Änderung des bisherigen Zustandes ergibt sich dadurch, daß der Akfordzuschlag von 20 Proz. auf 15 Proz. herabgesetzt wurde.

Bezüglich des Lohnvertrages kam ein Schiedspruch zustande, der eine Herabsetzung der bisherigen Zeitlöhne um 3 Proz. vorsieht, und die Akfordbasis sich dadurch für männliche Arbeitnehmer um 2 Pf. und für weibliche Arbeitnehmer um 1 Pf. pro Stunde ermäßigt. Mit der Herabsetzung des Akfordzuschlages beträgt die Akfordlohnsetzung rund 6 Proz. Für den Betrieb in Eisenach, in welchem über tarifliche Löhne gezahlt werden, soll eine Kürzung der Akford- und Zeitlöhne um 3 Proz. eintreten.

Obwohl dieser Schiedspruch bei jetzt schon recht ungünstigen Lohnverhältnissen eine weitere Verschlechterung der Existenzbedingungen für die Kollegen bringt, wurde derselbe von der Unternehmerorganisation abgelehnt. Durch Aufkündigung der einzelnen Arbeitsverträge in den Betrieben versuchen die Unternehmer ihr Ziel zu erreichen und damit ernste Auseinandersetzungen herbeizuführen.

Das Reichsarbeitsministerium wird nun darüber zu entscheiden haben, ob den Wünschen der Unternehmer auf Erlangung eines tariflosen Zustandes entsprochen wird, und dadurch wirtschaftliche Kämpfe in den Betrieben als unausbleibliche Folge heraufbeschworen werden.

Unmögliche Auslegung des Schiedspruches für Gruppe IV.

Durch die jetzt vorhandene Lohnabbaupolitik wird die deutsche Arbeiterklasse schweren Prüfungen ausgesetzt. Besonders hart ist aber die Arbeitererschaft der deutschen Weichholglasindustrie, Verbandsgruppe IV, betroffen worden. Durch mehrere Schlichtungsverfahren sind Lohnherabsetzungen von durchschnittlich 7 bis 9 Proz. festgelegt worden. Man hätte annehmen können, daß der Schlichterverband Deutscher Glasfabriken durch dieses Ergebnis für einige Monate Ruhe und Frieden in den Betrieben einkehren läßt. Nichts von dem ist leider zu verspüren. Im Lohnschiedspruch ist eine Bestimmung aufgenommen, in der es heißt:

„Die unter 1 bis 9 genannten Arbeiterkategorien sind im einzelnen Betriebe in die neuen Leistungsstufen neu einzustufen.“

Eine derartige Bestimmung, die allerdings gegen den Willen der Arbeitnehmerbeisitzer in der Schlichterkammer aufgenommen worden ist, kann nur den Sinn haben, daß etwaige Spannlöhne bei den einzelnen von-Vis-Löhnen ungruppiert werden können, und dies zwar im Rahmen der durchschnittlichen Abschläge, die sich bei der einzelnen Kategorien laut Schiedspruch ergeben. Der Schlichterband geht aber nicht so vor. Er hat seine Mitglieder angewiesen, diese Bestimmung so rigoros wie möglich durchzuführen, indem etwaige Spannen so Endlöhne an den Anfangslohn zurückrevidiert werden. Dies bedeutet, daß nicht Lohnabzüge von 7 bis 9 Proz. eintreten, sondern tatsächliche Fälle bis zu 25prozentigen Lohnabbau zu verzeichnen sind. Auf unsere Beschwerde erklärt der S.D.G.: „Es liegt ein Vorgehen des S.D.G. gegen die Arbeiter nicht vor.“ Vorgehen kann man die Maßnahmen des Schlichterbandes allerdings nicht mehr bezeichnen, sondern es tritt schon fast Brutalität zutage.

Der Keramikbund hat sich mit einer Beschwerde an den Schlichter gewandt, in der Erwartung, daß der Vorsitzende der Schlichterkammer die Parteien zu einer Klarstellung des Streitfalles laden wird. Der Schlichterband lehnt sich dagegen auf und will uns und dem Schlichter Rechts beibringen, die wirklich unausführbar ist, erziehen.

Sollte die von uns aus ertriebene Verhandlung nicht zustandekommen, dann werden wir in einem Feststellungsverfahren gegen den Schlichterband die notwendige Klarstellung unter Verantwortung des Zeugnisaussages des Schlichters herbeiführen. Die Arbeitererschaft hat gegen die jetzige Lohnberechnung in den einzelnen Betrieben Beschwerde anzubringen und den auszuschalten Lohn nur unter Protest anzunehmen.

Fischhoffowatel.

Die Karlsbader Kristallglasfabriken A.-G. Ludwig Moler & Söhne und Meyers Werke in Meierhöfen beabsichtigen, den Betrieb wegen andauernden Abnahmestandes Ende Januar zu schließen. Der Betrieb in Adorf bei Wautersberg wurde bereits vor vierzehn Tagen stillgelegt.



Echt-Japan- und Echt-China-Ritch.

Dazu wird uns geschrieben:

Die gelbe Gefahr, die von ängstlichen Gemütern und Furchtpolitikern mit der Waffe in der Hand und einer einzigen Berührungsbewertung erwartet wurde, ist zwar in dieser Form nicht angekommen, aber für uns Porzellaner scheint diese sprichwörtliche Gefahr ihre Vorboden zu senden. Die Einfuhr japanisch-chinesischer Porzellanwaren steigert sich unheimlich, und das deutsche Publikum scheint begeistert zuzugreifen.

Zwei Eigenschaften sind es vor allem, die das laufende Publikum zu diesem Porzellan hinführen. 1. Der Nimbus. 2. Die auffallende Billigkeit.

Der Nimbus der um „echt Japan und China“ schwebt, hat seine Kraft bis auf den heutigen Tag noch nicht verloren. Wer „fühlt“ sich nicht als Besitzer eines echten China? Wer zeigt diesen „Schab“ nicht mit erhebener Geste, ohne zu ahnen, daß das Ganze nur das Lächeln eines Nachmannes hervorgerufen würde. Für den Kenner ist der Nimbus „Japan und China“ für diese Waren und Gebrauchsgeschirre, die zur Zeit ganz Europa überflutet, längst verschwunden und sogar ins Gegenteil umgeschlagen.

Nehmen wir nun den Scherben, so würde sich in Deutschland kaum jemand wagen, diese Erzeugnisse als Porzellan zu bezeichnen. In Haltbarkeit, Reinheit, Erwärmungsmöglichkeit, Glasurhärte usw. kann das Porzellan aus dem fernen Osten unmöglich mit der deutschen Qualitätskeramikware verglichen werden.

Auch die Formen dieser japanischen Erzeugnisse sind, um sich sanft auszudrücken, minderwertig und erinnern an die vertrockneten Geschmackrichtungen der deutschen Industrie-porzellane.

Das deutsche Publikum sieht hier scheinbar, in seiner bekannten Auslandsanbeter, bewußt über eine Anzahl Mängel hinweg, die es bei einheimischer deutscher Ware mit gälliger Kritik zurückweisen würde.

Nun zur Dekoration. Die Bemalung des chinesischen Porzellan- und Kunstporzellans hat diesem Gewerbe einen ungeheuren Wert beibringt, der heute auf Kosten des Käufers eben so bewußt wie geschickt ausgenutzt wird, denn die alten chinesischen Porzellanmalereien mit der heutigen Dekoration verglichen, würde unbedingt als schlechter Scherz anmuten.

Unsaubere Arbeit überall, wechselnde Staffagen, ausgegrünte Bänder, minderwertige Drucke oder schrecklich kolorierte Flächenmuster — und Ideen, die nur von einem ausgelesenen, gerissenen europäisch-japanischen Kaufmannskollegium ausgedacht sein können.

Unsere windigsten Porzellanzeitalter müssen ausgekratzt werden, um ähnlichen Ritzen und naiven, albernen, kindischen Ideen zu finden, wie sie heute Japan und China in neuer Aufmachung wieder erscheinen läßt und in ganz Mitteleuropa, und besonders Deutschland, einem kunst- und auslandshungrigen Publikum anbietet.

Was muß geschehen, um dieser Gefahr für die deutsche Porzellanindustrie und der Schädigung des Publikums entgegen zu treten? Vor allem muß die Auslandschwarzmarkt- und der Nimbus, der sich um „echt Japan und China“ schlingt, zerstört werden. Das ist Aufgabe der Unternehmer sowie der Gewerkschaften, die ihre verfügbare Presse reißlos in Bewegung setzen. Selbst ein Teil des Reklamefontos muß eingesetzt werden, um die Käufer reißlos über die anflutende japanisch-chinesische Kamischelle aufzuklären. J. M. S.

Hausagitationen lohnen sich immer.

Selbst in Zeiten wirtschaftlichen Niedergangs darf die Agitation nicht erlahmen. Untergelegte Organisationen sind in Krisenzeiten genau so nötig, wie in Zeiten der Hochkonjunktur. Vielleicht in Krisenzeiten noch notwendiger, damit die Unternehmer mit der Arbeiterschaft nicht so leicht Spielball

treiben können. Ist die Porzellanarbeiterschaft in Thüringen auch verhältnismäßig gut organisiert, so schießt das nicht aus, daß ab und zu in dieser oder jener Gegend nachgeholfen werden muß. Ein altbewährtes Mittel ist und bleibt die Hausagitation. Wenn Hausagitationen aber erfolgreich sein sollen, müssen sie gut vorbereitet werden. Eine solche gut vorbereitete Hausagitation fand am 1. Februar d. J. im Eisfelder Bezirk statt. Waren die Erwartungen infolge der schlechten Wirtschaftslage auch nicht allzu hoch gespannt, so hat sich doch ergeben, daß etwa 50 Proz. der aufgesuchten Kollegen und Kolleginnen unserer Organisation zugeführt werden konnten. Ist dieser Erfolg auch kein 100prozentiger, wie vor Jahresfrist, so ist es bestimmt ein Achtungserfolg.

Im Eisfelder Bezirk ist von jeher ein kleinerer Boden gewesen. Gegen früher hat sich aber vieles geändert. Gegenwärtig haben wir auch dort gute Funktionäre und tüchtige Mitarbeiter, die früher eine Seltenheit waren. Schreiber dieser Zeilen ist noch erinnerlich, daß vor 20 bis 25 Jahren die Arbeiter so eingeschüchert waren, daß Flugblätter, die von den Fabrikatoren zur Verteilung kommen sollten und Fragen der Porzellanarbeiter behandelten, aus Furcht nicht angenommen wurden. Hohnlächelnd grinsten die Fabrikdirektoren hinter den Gardinen hervor und freuten sich über die Dummheit ihrer Arbeiter. Diese Zeiten haben sich erfreulicherweise geändert. Es wird bestimmt auch noch die Zeit kommen, daß Hausagitationen sich nicht mehr nötig machen, und daß die Arbeiterschaft Klassenbewußt sein wird.

Bei der jetzt durchgeführten Agitation hat sich aber auch ergeben, daß in bäuerlichen Ortschaften die Nazis und Landbündler eine traurige Rolle spielen und Kapitalistenknechtsnaturen in höchstem Maße sind. Aufgesuchte Nazis und Landbündler sind bereit, der Organisation beizutreten, was aber die Eltern in ihrer Kurzsichtigkeit zu verhindern suchten. Selbst ernähren können sie ihre Kinder nicht, sie sind gezwungen, dieselben zur Fabrik zu schicken, sie versuchen sie aber abzuhalten, an der Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft mit Anteil zu nehmen. Wie aber schon so mancher Spul verschwunden ist, wird auch dieser verschwinden. Das Gute wird und muß sich Bahn brechen. Die Kinder werden älter und werden den Eltern über ihre Kurzsichtigkeit noch bittere Vorhaltungen machen. Die von der Organisation noch Abgehaltenen in unsere Reihen einzureihen, wird unsere vornehmste und höchste Aufgabe sein und bleiben. r. d.

Wirtschaftslage in der Porzellanindustrie.

Wie der Verband Bayerischer Porzellanindustrieller, E. berichtet, hat sich die schon 1929 einsetzende Absatzkrise im Jahr 1930 außerordentlich verschärft. Der Absatzrückgang wirkte besonders bei der für die Porzellanindustrie wichtigen Ausführung aus. Diese ist in den ersten elf Monaten 1930 um 28 Proz. gegen 1928 und um 26 Proz. gegenüber 1929 zurückgegangen. Der Absatzrückgang erklärt sich außer aus der Tatsache, daß die Hauptkonkurrenzindustrien (Eisgeschloßwaren, Japan) bedeutend niedrigere Gestehungskosten haben, vor allem aus dem ständig wachsenden Protektionismus des Auslandes. Das Jahr 1930 brachte für die Porzellanindustrie allerorts mehr oder minder prohibitiv wirkende Zollerhöhungen, wozu allem auch in den U.S.A., des weitaus wichtigsten Abnehmerlandes, der fast um 40 Proz. weniger ausfuhr. Im Inland wirkte der Absatzrückgang für das höherwertige Porzellan stärker als für das Stapelware. Während die Preise zurückwichen, ließen sich nicht mäßig gewesen, die Gestehungskosten nur annähernd im gleichen Ausmaß zu verbilligen. Der Absatz von elektrischem Porzellan ließ sich ebenfalls stark nach; im Inland wurde dieses für Hochspannungsporzellan um 50 Proz. und für Niederspannungsporzellan mengenmäßig um 21 Proz., wertmäßig um 30 Proz. Beim Export beträgt der Verlust mengenmäßig 17 bzw. 21 Proz. Die derzeitige schlechte Beschäftigungslage werde im Januar noch eine Verschärfung erfahren. In Zukunft könne im wesentlichen davon ab, inwieweit die Gestehungskosten gesenkt werden könnten, ferner von der Gestaltung der künftigen Handelsvertragspolitik.

Gast (Zahnlücke Studokast).

In einer sehr stark besuchten Betriebsversammlung erstattete Gauleiter Erdmann (Münster) Bericht von den letzten Parteiverhandlungen in der feinkeramischen Industrie. In den ausführlichen Bericht schloß sich eine äußerst sachliche, von tiefem Ernst getragene Diskussion an. Alle Diskussionsredner beurteilten die kurzfristige Handlungsweise der Unternehmer in der feinkeramischen Industrie. Nachstehende Entschliessung fand einstimmig Annahme:

„Die am 23. Januar 1931 stattgefundene Betriebsversammlung nimmt Kenntnis von dem am 17. Januar 1931 gefällten Lohnschiedspruch für die feinkeramische Industrie und bedauert tief, daß die Unternehmer die Notlage der Arbeiter aufs äußerste auszunutzen und keinerlei Entgegenkommen zeigten. Die Versammelten lehnen im Grundprinzip jede Lohnreduzierung ab, weil dadurch nur die Kaufkraft der Arbeiter geschwächt und die Wirtschaftslage noch weiter verschlechtert wird. Für die Haltung der Verhandlungskommission des Keramischen Bundes hat sie volles Verständnis und spricht der Verhandlungskommission ihr volles Vertrauen aus.“

Nachdem noch einige betriebliche Angelegenheiten besprochen und geregelt wurden, fand die äußerst gut verlaufene Versammlung ihr Ende.

Waldburg.

Die Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Waldburg, am 29. Januar, die einen guten Besuch auswies, beschäftigte sich zunächst mit der Vornahme der Neuwahlen. Mit einigen Abweichungen wurden die alte Verwaltung und die alten Delegierten wiedergewählt.

Sodann berichtete der Kollege Kühn über die Lohnverhandlungen in Leipzig und über die Auswirkungen des Lohnschiedspruches. Die energischen Bemühungen der Lohnkommission fanden eine eingehende Darstellung.

In der Ansprache kam der Unwille über die erfolgte Lohnkürzung zum Ausdruck. Gleichfalls wurde an dem Verhalten der Lohnkommission, welche unter stärkstem Druck ihrer Verantwortung einsetzte, Kritik geübt. Unter „Verschiedenem“ protestierten die Kolleginnen gegen den Artikel eines Grafen Stenbock in der Frankfurter Zeitung, welcher zwar die sozialen Verhältnisse im allgemeinen richtig zum besten gab, aber darüber hinaus es sich nicht verkneifen konnte, die Moral der Waldburger Porzellanarbeiterinnen zu verächtigen, noch dazu in ganz verallgemeinernder Form. Die Kolleginnen sind der Auffassung, daß sie es nicht nötig haben, sich in dieser Weise hinstellen zu lassen. Die Verbandsleitung wurde beauftragt, für entsprechende Zurückweisung in unserer Presse zu sorgen. (Ist in voriger Nummer bereits erfolgt: D. M.)

Lies Unfallverhütungs Vorschriften



nicht erst im Krankenhaus!

Der Selbstschutzwahl G. A. L. L. Berlin V. L. beim Verband der Deutschen Keramiker.

Das Problem der Silikose.

(Fortsetzung.)

Die Staubteilchen, die bis in die Tiefe der Lungen und letzten Endes in die Lungenbläschen oder sog. Alveolen gelangen, haben eine Größe, die zwischen 0,5 oder höchstens 8 Mikromillimeter schwankt. John McCrae sowie Watkins Pitchford fanden nämlich, daß die Anzahl der Teilchen, die über neun Mikromillimeter hinausgehen, ihrer Spärlichkeit wegen nicht in Rechnung gezogen zu werden brauchen. Diese Tatsache hat ihre Bedeutung, denn bei dieser Größe handelt es sich um Staubteilchen, deren Sichtbarkeit in der gewöhnlichen Luft mit freiem Auge nicht möglich ist. Der schädliche Staub kann somit seinen krankheitsregenden Einfluß ausüben, ohne bemerkt zu werden.

Die Staubteilchen können den als Silikose bekannten Krankheitszustand hervorrufen, wenn sie in großer Menge eingeatmet werden. Diese letzteren brauchen jedoch nicht sehr bedeutend zu sein, denn kieseläurehaltiger Staub greift die Lungen mit besonderer Hartnäckigkeit an. Er handelt sich, wie bereits gesagt, um eine chemische Natur der Einwirkung, auf welche Gye, Kettle und Navrogradete die Aufmerksamkeit hingelenkt haben. Es soll nämlich von der Löslichkeit dieser Staubteilchen in den Geweben die Rede sein. Andererseits scheint der Kieseläurestaub einen besonderen Widerstand den Abwehrzellen der Lunge entgegenzusetzen. Die Abwehrzellen gehören einer gewissen, den weißen Blutkörperchen verwandten Art von Zellen an, welche den Kampf gegen die eindringenden Staubteilchen aufnehmen. Die Abwehrzellen, auch Staubzellen genannt, nehmen die Kieseläurestaubteilchen in sich auf und führen sie dem Lymphstrom entlang an Orte, wo ihr Einfluß am unschädlichsten sein soll. Im Falle einer kleinen Anzahl von fremden Staubteilchen nimmt die Abwehraktion die Ueberhand und nach einiger Zeit werden die Luftwege, dank der Arbeit dieser winzigen Straßenkehrer, von den fremden Eindringlingen gereinigt. Ist jedoch die Anzahl der Staubkörperchen groß, d. h. zu groß, um von der Armee der Staubzellen in gleicher Zeit überwältigt zu werden, so erleiden diese letzteren eine Niederlage. Die biochemische Aktion der Kieseläurestaubteilchen übt nämlich einen schädigenden Einfluß auf die Lebensfähigkeit der Staubzellen aus, welche ihre Beweglichkeit beeinträchtigt und eine Zusammenballung nach sich zieht. Es entstehen auf diese Weise die sog. „Pseudo-Tuberkeln“, in welchen die geschwächten Staub-

zellen ihr Grab finden und von Bindegewebefasern überwuchert werden.

Die Entwicklungszeit der Krankheit ist abhängig von der Zahl der Arbeitsjahre, aber auch von der individuellen Veranlagung. Es sind Fälle bekannt, in welchen eine durch diese Krankheit hervorgerufene Arbeitsunfähigkeit sich schon nach zwei Jahren einstellt. Es ist dies der Fall, wenn eine große Menge des kieseläurehaltigen Staubes eingeatmet wird. Ist die Konzentration der Staubteilchen weniger ausgeprägt, so treten die krankhaften Erscheinungen erst viel später auf. Unter den Bergleuten des Witwatersrand scheint die Zeit der Entwicklung der Krankheit zwischen 10 und 12 Jahren zu liegen. In der Keramikindustrie Englands, nämlich in der Töpferei, ist diese Entwicklungszeit noch viel länger und kann bis zu 25 Jahren dauern. Die Konzentration des Staubes kann durch verschiedene Mittel herabgedrückt werden, nämlich durch Anfeuchtung der Luft und systematische Lüftungseinrichtungen. Dem ersten Mittel wird vorgeworfen, daß es die Möglichkeit einer Infektion mit sich bringe, da nämlich die krankheitsregenden Mikroorganismen in feuchter Umgebung sich lebensfähiger erhalten als im trockenen Staub. Die niedrige Konzentration der Staubteilchen hat einen geringen Grad an Tätigkeit der Staublungenerkrankung zur Folge. In Witwatersrand wurde ein solcher Rückgang erst bei einer Konzentration von fünf Milligramm Staub pro cm³ bemerkt.

Die Krankheitszeichen der Silikose ergeben sich aus der Beschränkung der Atmungsfläche und aus der Elastizitätsminderung der Lungen. Die sog. subjektiven Beschwerden, d. h. die Klagen des Kranken, sind anfänglich meist recht geringfügig, oder fehlen unter Umständen ganz. Es wird jedoch nach einiger Zeit über Kurzatmigkeit geklagt, besonders bei Anstrengungen. Hierzu kommt ein Trockenheitsgefühl mit Kratzen im Hals, zu denen sich gelegentlich andere Beschwerden hinzugesellen: Druck und Stechen auf der Brust, Husten und Auswurf. Es besteht eine besondere Neigung zu Katarrhen der Luftwege und nicht selten finden sich in der Vorgeschichte der Kranken frühere Lungen- und Rippenfellentzündungen und Angaben über früheren Aufenthalt in Lungenheilstätten.

Die objektiv klinischen Symptome der Silikose, d. h. die von dem ärztlichen Untersucher festgestellten Zeichen, können folgendermaßen zusammengefaßt werden: Kurzatmigkeit, Reizerscheinung im Gebiete des Brustfelles, öfters wiederkehrende, hartnäckige Katarrhe, Verminderung der Leistungsfähigkeit. Dazu kommen u. U. verschiedene andere Lungenerkrankungszeichen, besonders tuberkulöser Art.

Die südafrikanischen Forscher unterscheiden drei Stadien im Verlaufe der Krankheit.

Im ersten Stadium, welches als Frühstadium bezeichnet wird, bietet der Kranke ein gutes Aussehen und gute Arbeitsfähigkeit. Es besteht eine geringe Atemnot nach Anstrengung oder infolge Erkältungskatarrhen.

Im zweiten Stadium oder Mittelstadium nehmen die Atembeschwerden zu und der Kranke beklagt sich über abwechselndes Drücken und Stechen auf der Brust, Morgenhusten ohne oder mit nur geringem Auswurf und Neigung zu hartnäckigen Erkältungskatarrhen.

Im dritten Stadium, auch Spätstadium genannt, besteht eine ausgesprochene Atemnot, häufiger Husten und zunehmende Brustschmerzen. In diesem Stadium kommt es auch zu Störungen des allgemeinen Befindens, zur Abmagerung, Blutarmut und Ausbildung von Kreislaufstörungen, deren Ursache in der Lungenveränderung zu suchen ist. Die Arbeitsunfähigkeit schreitet ebenfalls fort und im weiteren Verlauf wird der Gesundheitszustand des Silikotikers durch hinzutretende, komplizierende Krankheiten gefährdet. In Fällen, in denen bis zu Ende reine Silikose besteht, erfolgt der Tod meistens durch Lungenoedem oder durch rasch verlaufende Herzschwäche.

Die wichtigste Komplikation der Silikose ist die Tuberkulose, die in jedem Stadium der Krankheit in Erscheinung treten kann.

Diese Tatsache ist schon lange bekannt und insbesondere durch die neueren statistischen englischer Autoren eindeutig begründet worden. Der kieseläurehaltige Staub macht die Lunge für Tuberkulose in hohem Grade empfänglich. Die Silikose kann jedoch auch hemmend auf den Verlauf einer Tuberkulose wirken. Fällt die Tuberkulose schon mit dem Frühstadium der Silikose zusammen, so herrscht das Bild der Tuberkulose vor und der Krankheitsverlauf wird entsprechend beeinflusst. In dem späteren Stadium der Silikose verändert die einsetzende Tuberkulose im allgemeinen das Bild der Krankheit entweder im Sinne einer chronischen Tuberkulose mit langsamem Verlauf oder, und dies ist selten, es findet ein schneller fortschreitender Verfall des Erkrankten statt.

Das Eingreifen der Tuberkulose kann oft aus der plötzlich sich entwickelnden und rasch verlaufenden Verschlimmerung des Krankheitszustandes der bisherigen Silikose festgestellt werden.

(Fortsetzung folgt.)



Lohn- und Tarifbewegungen in der Grobkeramik 1930.

Waren im Jahre 1929 die Arbeitnehmer bei den Lohn- und Tarifbewegungen vielfach noch die Angreifenden, so wurden sie im Jahre 1930 durch die außerordentlich schlechte wirtschaftliche Lage in die Defensive gedrängt. Die Arbeitgeber glaubten ihre Zeit gekommen, um den schon seit Jahren gepredigten Lohnabbau endlich in die Tat umsetzen zu können. Die Forderungen, die die Unternehmer zu den Neuablässen der Lohnartise stellten, beliefen sich in einzelnen Fällen bis auf 50 Proz. Abbau der Stunden- und Akkordlöhne. Bei den Manteltarifen glaubten die Unternehmer, alle materiellen Bestimmungen, wie Urlaub, Zuschläge, ebenfalls gewaltig abbauen zu können. Im ganzen sind im Jahre 1930 bedeutend weniger Bewegungen geführt worden als 1928 und 1929, und zwar waren es bei den Lohnbewegungen 208, welche mit Abschluß von Lohnartisen endeten, die sich auf 3164 Betriebe mit 112 865 beschäftigten Personen erstreckten. Manteltarifbewegungen sind im ganzen nur 78 in den gesamten Industriegruppen der Branche Grobkeramik geführt worden.

Im archen und ganzen konnten die im Jahre 1929 abgeschlossenen Löhne gehalten werden. Ihr Ziel, einen radikalen Abbau der Stunden- und Akkordlöhne herbeizuführen, haben die Unternehmer nicht erreicht. Nur ganz vereinzelt ist 1930 ein Abbau erfolgt, und zwar meistens dort, wo die gewerkschaftliche Organisation durch die Kurzsichtigkeit der Arbeitnehmer gelockert war. Gerade in diesen Bezirken, wo ein Lohnabbau, auch wenn er nur gering war, erfolgte, mußten die Arbeitnehmer die einzige richtige Lehre daraus ziehen, daß nur eine starke gewerkschaftliche Organisation die Abbauforderungen der Unternehmer mit Erfolg zurückdrängen kann. In wenigen kleineren Bezirken ist es infolge Nichtverbindlichkeit gefällter Schiedssprüche zu tariflosen Verhältnissen gekommen. Doch lagen in den Bezirken die Verhältnisse meist so, daß infolge Abgabemangel die Betriebe zum Stilllegen gezwungen waren. Noch etwas anderes zeigte sich bei den Lohn- und Tarifbewegungen des Jahres 1930. Die Unternehmer, welche noch im Jahre 1929 auf Tarifabschlüsse für mehrere Jahre drängten, zeigten plötzlich kein Interesse mehr an langfristigen Verträgen. Am liebsten hätten viele Unternehmer überhaupt keine Tarife mehr abgeschlossen. Wenn sie zum Abschluß bereit waren, dann möglichst nur für kurze Zeit. So ist zu verzeichnen, daß verschiedene für ein und dasselbe Tarifverhältnis im Jahre 1930 mehrere Lohnbewegungen geführt werden mußten, weil die Tarife kurzfristig abgeschlossen waren. Ein Teil Tarifverträge war bis Ende Dezember 1930 abgeschlossen. Die meisten davon sind zu diesem Zeitpunkt gefällig. Soweit bereits Neuablässe der zu Ende 1930 abgeschlossenen Tarife erfolgten, sind sie auch nur für kurze Zeit abgeschlossen. Insgesamt bestanden am Jahresabschluss 379 Manteltarife, die sich auf 5139 Betriebe mit 183 986 Beschäftigte erstreckten. Davon waren ein Reichstarif (Betonwaren usw.), der sich auf 26 Betriebe mit 939 Beschäftigten erstreckte, 47 Bezirkstarife mit 3718 Betrieben und 11 426 Beschäftigten, 95 Ortstarife mit 718 Betrieben und 95 922 Beschäftigten. Der Rest entfällt auf Werkstarife. An Lohnartisen waren am Jahresabschluss 1930 vorhanden 66 Bezirkstarife mit 3308 Betrieben und 106 738 Beschäftigten; 113 Ortstarife mit 746 Betrieben und 38 736 Beschäftigten, 325 Werkstarife mit 248 Betrieben und 28 784 Beschäftigten.

Der Hauptteil der Betriebe und Beschäftigten entfällt demnach auf die Bezirkstarife.

Von den einzelnen Industriezweigen stellt die Ziegelindustrie den Hauptteil der Betriebe und Beschäftigten bei den Tarifen, aber auch die größte Zahl der Tarife selbst.

In der Ziegelindustrie

waren fast alle Bezirkstarife von Unternehmenseite gefällig zu dem Zweck, einen Lohnabbau vorzunehmen. Die Verhandlungen zwecks Neuabschluss gestalteten sich fast in allen Bezirken äußerst schwierig, weil die Unternehmer von ihren Abbauforderungen nicht abgehen wollten. Am allerhöchsten gelangte sich die Verhandlung im Freistaat Sachsen. Freie Verhandlungen führten zu keinem Ergebnis. Die von den Tarifämtern der fünf Bezirke gefällten Schiedssprüche, welche die im Jahre 1929 festgesetzten Löhne auf ein weiteres Jahr festlegten, wurden von den Unternehmern abgelehnt. Die von den Arbeitnehmern beantragte Verbindlichkeit wurde ebenfalls vom Schlichter abgelehnt. Die Unternehmer hatten schon, bevor das amtliche Schlichtungsverfahren überhaupt beendet war, in den Betrieben Stunden- und Akkordlöhne willkürlich abgebaut. Vereinzelt gingen die Abzüge bis zu 35 Proz. Die schlechte wirtschaftliche Lage kam den Unternehmern jedenfalls bei ihrem Vorhaben zu Hilfe. Ein großer Teil der Betriebe hatte die Produktion überhaupt nicht aufgenommen. Erst im Spätherbst wurde mit Hilfe der staatlichen Schlichtungsstellen ein neues Verfahren eingeführt und durchgeführt. Die erneut gefällten Schiedssprüche, welche einen Abbau der Spitzenlöhne vorschrieben, wurden wiederum von den Arbeitgebern abgelehnt. Der Schlichter erklärte die Sprüche mit kleinen Abänderungen für verbindlich. Nunmehr forderten die Unternehmer die Rechtsgültigkeit der Verbindlichkeit gerichtlich an. Am Jahresabschluss war die Frage noch nicht endgültig entschieden. Auch im ehemaligen Nordbezirk in Hessen ist es erst im Herbst zu einer Regelung der Lohnfrage gekommen. Der Bezirksvertrag, der vorher bestand und sich über mehrere Zahlstellen erstreckte, ist in mehrere Verträge aufgelöst. So sind innerhalb der Zahlstelle Kassel 2 und im Zahlstellenbereich Fulda ebenfalls ein besonderer Tarif abgeschlossen. Im Bereich des Landesmanteltarifs für Hessen, Hessen-Nassau und Waldeck bestanden eine Reihe Lohnartisen. Nur im Lohnbezirk Frankfurt Höchst, Taunuskreis ist es in freien Verhandlungen zu einem Abschluß gekommen, der die Löhne von 1929 auf ein weiteres Jahr verlängerte. In den Lohnbezirken Darmstadt, Worms Mainz, Wiesbaden waren Schiedssprüche gefällig, welche die bestehenden Lohnartisen unverändert verlängerten. Da die Arbeitgeber in allen Bezirken die Schiedssprüche abgelehnt hatten, war von Unternehmenseite die Verbindlichkeit beantragt. Der Schlichter hat aber die Verbindlichkeit abgelehnt, weil kein besonderes öffentliches Interesse vorlag. Dadurch sind die obigen Bezirke zur Zeit tariflos.

In der Zementindustrie

waren die meisten Lohnartise erst Ende September oder Ende November kündbar, so daß große Bewegungen in dieser Industrie nicht geführt zu werden brauchten. Nur in Mitteldeutschland, wo die Kalk- und Zementindustrie unter einem Bezirksvertrag stehen, wurde das im Jahre 1929 abgeschlossene Lohnabkommen bis zum Jahresabschluss 1930 unverändert verlängert. In Schleswig-Holstein lief das im Jahre 1929 abgeschlossene Lohnabkommen am 31. August 1930 ab. Der Schlichtungsansatz des Rheinmünster fällt nach Scheitern der freien Verhandlungen einen Schiedsspruch, der eine Kürzung der Löhne um etwa 6 Proz. vorschlag. Die Unternehmer nahmen den Schiedsspruch an und beantragten die Verbindlichkeit. Die Arbeitnehmer hatten

abgelehnt. Der Schlichter hat am 15. Januar 1931 den Schiedsspruch ab 1. Januar 1931 für verbindlich erklärt. In Rheinland-Westfalen war der Lohnartise ebenfalls zum Jahresabschluss gefällig. Auch in Müldersdorf war der Lohnartise zum 31. August 1930 gefällig, aber in freien Verhandlungen bis zum 31. Dezember 1930 verlängert. Im Zement- und Kalkwerk Niederrhein-Groß-Hartmannsdorf ist beim Neuabschluss des Lohnartises ein Abbau der Spitzenlöhne um 2 Pf. erfolgt, der Tarif selbst bis zum 30. Juni 1931 abgeschlossen. Sonst ist nur noch für Zementwerk Karstadt a. M. ein neuer Lohnartise abgeschlossen mit den gleichen Löhnen wie 1929. In Oberhessen, Wollast, Lebbin, Blauenreiter-Gruppe und in einigen hessischen Werken werden nach wie vor die gelben Wertvereine von den Unternehmern eifrig gefördert. Freigewerkschaftlich Organisierte, soweit sie sich als solche zu erkennen geben, werden systematisch von der Arbeit in den betreffenden Werken ausgeschlossen. Auf Grund dieser Tatsachen ist es auch in den oben bezeichneten Werken und Bezirken zu keiner tariflichen Vereinbarung zwischen unserem Verband und den betreffenden Arbeitgebern gekommen. Die Betriebe haben mit den bestehenden gelben Wertvereinen Tarife

Westdeutscher Zementverband verlängert.

In der am 20. Januar d. J. abgehaltenen Gesellschafterversammlung ist die Erneuerung des Verbandes beschlossen worden. Nach den Beschlüssen ist die Laufdauer bis zum 31. Dezember 1932 festgelegt, aber mit der Bestimmung, daß eine Kündigung mit 90 Prozent aller Stimmen bis zum 15. Dezember mit Wirkung zum 31. Dezember 1931 erfolgen kann. Beigetreten sind bis jetzt alle Aufsichtsräte, mit denen zwecks Beitritt verhandelt worden ist. Es sind dies die Firmen: Hellbach, Felbmann & Co., Bedum, Zement- und Zerkallwerke A.-G., Kottenheim b. Andernach, Zementwerk „Atlas“ G. m. b. H., Dortmund, Paderborner Portlandzementwerke „Atlas“ G. m. b. H., Paderborn, und Kalkwerke Hanau & Co., Geseke i. W.

Damit sind alle Werke im Westdeutschen Zementgebiet vom Syndikat erfasst.

Besonders um den Beitritt der „Atlas“-Werke ist es dem Verband zu tun gewesen, war dieses Werk doch das leistungsfähigste und rentabelste Aufsichtsratswerk im Bezirk. An dem Widerstand dieses Werkes scheiterte auch der Neuabschluss zum 1. Januar 1931, und man war gezwungen, bis zum 31. Januar als Übergang ein Provisorium zu schaffen.

Interessant sind die Zusammenhänge, die „Atlas“ bezogen und in der ablehnenden Haltung, dem Syndikat nicht beizutreten, bestärkten. Zugleich werfen diese Zusammenhänge ein bezeichnendes Licht auf die Konkurrenzmethoden der Kartelle und Kartellmitglieder.

Ebenso wie die deutsche ist auch die schweizerische Zementindustrie syndiziert, aber auch hier bestehen Aufsichtsratswerke. Die Zement- und Kalkhandels-A.-G. (Aufsichtsratsgesellschaft) Zürich, hat in Gausen ganz modern eingerichtete Werke. Auf dieses Werk hat der Widingkongern einen maßgebenden Einfluß, es soll finanziell vollständig vom Widingkongern abhängig sein. Die Modernisierung und der Ausbau der Anlagen ist vom Widingkongern übernommen worden. Zwischen dem süddeutschen Zementverband und dem Schweizer Syndikat besteht zwar ein Gebietsabkommen für den Zementabsatz, ebenso ein Bauverbot, wonach neue Zementwerke nicht errichtet werden dürfen; diese Abkommen haben aber für die Aufsichtsratswerke keine Gültigkeit. Dadurch ergab sich nun — für die Syndikatspolitik — der größte Zustand, daß ein Syndikatswerk — Widing — im Auslande ein Aufsichtsratswerk unterliegt und erfolgreich Konkurrenz einem befreundeten Syndikat — dem süddeutschen und schweizerischen — machen konnte. Es sind auch tatsächlich vom süddeutschen Syndikat oft Klagen über die Konkurrenz der Schweizer Aufsichtsratswerke erhoben worden. Man kann hieran ersehen, wie groß die Profite unter dem Kartellpangar gewesen sein müssen, daß man neben dem Kauf von Werken im eigenen Verbandsgebiet und Neuerichtung eines Nebenwerkes in Neuwid, auch noch Aufsichtsratswerke im Auslande unterhalten konnte.

Um sich dieser Konkurrenz zu erwehren, ging das Schweizer Syndikat dazu über, mit denselben Mitteln, wie Widing in der Schweiz arbeitete, Widing im eigenen Gebiet zu treffen. In Essen wurde eine Zementverkaufsgesellschaft gegründet, dem Anschein nach eine belgische Gesellschaft. Aber in eingeweihten Kreisen wußte man, daß es sich um eine Gründung des Schweizer Syndikats handelte. An diese Gesellschaft sollte nun die „Atlas“-Portlandzementfabrik in Paderborn über die Hälfte ihrer Produktion zu günstigen Preisen liefern. Diese Menge sollte dann auf dem deutschen Markt abgesetzt werden; damit wäre Widing zweifellos in seinem ureigenen Absatzgebiet getroffen worden. Weiterhin sollte das Schweizer Syndikat schon den Beschluß gefaßt haben, falls eine günstige Regelung mit dem Widingkongern nicht

abgeschlossen bzw. diese bittiert; natürlich mit entsprechend niedrigeren Sätzen und längerer Arbeitszeit, sowie mit anderen Verschlechterungen, als in den vorher mit unserer Organisation abgeschlossenen Verträgen. Einen kleinen Vorgeschmack von dem von den Arbeitgebern sooft betonten Wohlwollen gegenüber ihrer Arbeiterchaft haben die Mitglieder der gelben Wertvereine aber auch schon bekommen. Verschiedene Werke in obigen Bezirken, wo gelbe Wertvereine bestanden, sind genau so rücksichtslos stillgelegt worden wie in anderen Bezirken, die in der Hauptsache mit freigewerkschaftlich organisierten Arbeitern besetzt waren. Sobald es den Arbeitgebern nicht in den Kram paßt und sobald ihr Geldbeutel dabei in Frage kommt, geht alles Wohlwollen der Arbeitgeber für ihre so sehr gehätschelten gelben Schlingel ebenfalls in die Winsen. Manchem gelben Wertvereiner, der im Vertrauen auf das mit großem Tamtam hinausposaunte Wohlwollen unserem Verband den Rücken gefehert hatte, ist bereits ein Licht aufgegangen über die „guten wohlwollenden“ Unternehmer, die immer behauptet hatten, daß sie für ihre Arbeiterchaft wie ein Vater für seine Kinder sorgen würden. Das Wohlwollen der Unternehmer hat eben immer einen recht metallenen Beigeschmack. Der Arbeiterchaft stößt es dann letzten Endes recht bitter auf. (Schluß folgt.)

zustande kommt, das Syndikat aufzulösen, um auf dem deutschen Markt freie Hand zu haben. Das hätte natürlich auch seine Auswirkungen auf den Süd- und Norddeutschen Zementverband gehabt.

Ob der Widingkongern sich noch nicht stark genug fühlte, die Verantwortung für diesen Konkurrenzkampf auf sich zu nehmen, oder ob sonstige Gründe mitgespielt haben, entzieht sich noch unserer Kenntnis. Jedenfalls sieht man an diesem Beispiel, wie es unter dem Schutz der Syndikatspolitik ist, daß sich große, gewaltige Konzernwerke mit der Unterstützung zum Truß herausbilden, die dann imstande sind, Kartelle und Syndikats zu sprengen, mit dem Ziel, die gesamte Produktion an sich zu reißen. — Die Vorgänge zwischen dem Heidelberg-Mannheim-Kongern, den oberhessischen und mitteldeutschen Werken zeigen eine ähnliche Entwicklung. — Vielleicht reicht die Konzernmacht zur Zeit noch nicht aus, um den angebotenen Schritt jetzt schon zu wagen, und man hat sich deshalb nochmals auf eine kurze Spanne im Syndikat geeinigt.

Nach den jetzt vorliegenden Vereinbarungen, woran neben dem schweizerischen der süddeutsche und auch der norddeutsche Verband beteiligt ist, soll die Verkaufsstelle des Schweizer Syndikats in Essen wieder aufgehoben; das Widingwerk in Gausen (Schweiz) wird vom Schweizer Syndikat übernommen und soll angeblich stillgelegt werden. Das Gebietsabkommen zwischen Süddeutschland und der Schweiz bleibt in Kraft. Weiterhin wurde ein Bauverbot zwischen der Schweiz, Süddeutschland und Westdeutschland geschlossen, wonach die Errichtung von Zementwerken außerhalb des Landes unterlagert ist. Die bestehenden Abmachungen zwischen den drei deutschen Zementverbänden wurden verlängert, wobei außerdem Kontingentsvereinbarungen für den belgischen und holländischen Markt getroffen wurden. Dem Widingkongern wurde für das süddeutsche Gebiet, anscheinend als Äquivalent für die Abtretung des Gausener Werkes in der Schweiz, ein Kontingent zugestanden.

Dem Portlandzementwerk „Atlas“ soll die volle Beschäftigung bis zum Jahre 1936 zugestanden worden sein, während das frühere Aufsichtsratswerk Hellbach stillgelegt werden soll. Die Quote dieses Werkes ist von einem anderen Werk übernommen worden; über die zu zahlende Entschädigung läßt man nichts verlauten.

Nach dem Zustandekommen des Westdeutschen Verbandes und dem Beitritt der im westdeutschen Gebiet befindlichen Aufsichtsratswerke ist der deutsche Markt fast reiflos syndiziert. Die Preisbildung kann jetzt wieder vor sich gehen, ohne daß Aufsichtsratswerke Konkurrenz machen können.

Rücksichtslos werden Werke stillgelegt, Quoten aufgelöst und die Arbeiterchaft auf Straßenspaltener geiebt. Den Werksinhabern und -leitern wird man hohe Abfindungssummen oder dauernde Renten zahlen, und die Arbeiterchaft kann stempeln gehen, bis sie ausgeteilt ist und muß sich dann mit Wohlfahrtsunterstützung in Höhe von 4—5 RM pro Woche — wie vielfach in den weitausfälligen Zementgemeinden — begnügen. Man schreit über Kapitalmangel, und hier werden Millionenbeträge festgelegt, die die Produktion vollkommen unproduktiv belasten.

Die Zementindustrie ist tatsächlich reif für gemeinwirtschaftliche Bewirtschaftung. Vielleicht interessiert sich die Regierung auch für diese Vorgänge. Der Zementarbeiterchaft aber wird geraten, aus der Verbandsbildung und der Zusammenfassung der Zementindustriellen zu lernen und für eine einheitliche, restlose Organisation im „Keramischen Bund“, Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, Sorge zu tragen.

Bulgariens keramische Industrie.

Als die Selbstverwaltung der bulgarischen Hauptstadt Sofia im Jahre 1893 eine Ausschreibung auf Anlegung eines Kanalsystems öffentlich ausarbeitete, fanden sich wohl mehrere Unternehmer, die die technische Seite der Kanalisierung herstellen wollten, ein Lieferant des notwendigen Rohmaterial war jedoch nicht aufzufinden. Es blieb der Unternehmerrfirma „Mimidi & Co., Komm.-Ges.“ in Sofia, die den Aufschlag erhalten hatte, nichts anderes übrig, als eigene Façaleute ins Ausland zu entsenden und dort das notwendige Material zum Ankauf zu bringen. Der Ankauf an und für sich war ohne weitere Schwierigkeiten durchzuführen, es fand sich jedoch keine Fabrik noch ein Transportinstitut, die für die Beförderung nach Bulgarien garantiert hätten, da bei den damaligen Transportverhältnissen mit Verlusten durch Bruch von mindestens 25 Proz. zu rechnen war. Unter diesen Umständen gaben die Bulgaren die Lieferung durch das Ausland auf und schritten daran, in Bulgarien selbst eine Fabrik zu gründen, der die Aufgabe der Lieferung der Rohre für die Sofioter Kanalisation zufiele. Es erfolgte somit eine Aufforderung an die bulgarischen Zementwerke, unverzüglich Mutter ihrer Fabrikate sowie die Ergebnisse einer probeweisen Anfertigung von Rohren nach Sofia einzuliefern. Da die Lokalfabrikation der Zementwerke Panagote Brantcharov den Anforderungen der Lieferungsbedingungen am nächsten kam, beschloß man kurzerhand, in der bulgarischen Hauptstadt, in unmittelbarer Nähe des Bahnhofs Nowoselki eine Fabrik zu errichten und hier das Rohmaterial für die Sofioter Kanalisation herzustellen.

Mit der Errichtung dieser Fabrik aber wurde der Grundstein der heutigen bulgarischen keramischen Industrie gelegt. Fünf Jahre lang arbeiteten die Gründer des Unternehmens für die Bedürfnisse der Kanalisation, um 1898 die allgemeine Produktion bedeutend auszubauen und der Fabrik

unter dem Namen „Zaida“ den Charakter einer Aktiengesellschaft zu geben. Die ersten Gebäude in der Nähe des Bahnhofs von Nowoselki wurden vergrößert und Neubauten errichtet und nach und nach in immer steigendem Maße die Aufmerksamkeit des bulgarischen Publikums gewonnen. Seit 1905 befindet sich der gemeine bulgarische Finanzminister und Gouverneur der bulgarischen Nationalbank, Michail Teneb, an der Spitze des Unternehmens, und unter seiner Führung hat der Name „Zaida“ im ganzen Lande außerordentliche Popularität erlangt. Die Fabrik teilt sich heute aus fünf einzelnen Sektionen zusammen, von denen eine jede ein völlig autonomes Unternehmen darstellt, das einer eigenen technischen Leitung untersteht und lediglich nach der kommerziellen Seite der Gesamtfirma untersteht ist; in der ersten Sektion werden Ziegel, in der zweiten Sektion Rohre, in der dritten Sektion Kacheln und in der vierten Sektion Porzellane hergestellt, während die fünfte Sektion die Zeichnung „Maschinen-Abteilung“ führt.

Die Ziegel-Fabrikation stellt sämtliche Arten von Ziegelsteinen her, und zwar von der einfachsten bis zur feinsten beständigsten Qualität. Die Rohstoffe für die gewöhnliche Ziegelherstellung stammen aus den Lagern und Brüchen von Kobi-Gan und Tchoutourowo, von wo sie auf dem Luftwege mittels einer Seilbahn an Ort und Stelle gebracht werden, während das Material für feuerbeständige Ziegel ausnahmslos per Bahn aus Nordbulgarien gebracht wird. Diese Abteilung ist nach den modernsten Gesichtspunkten eingerichtet und arbeitet auf einer Bodensfläche von 1500 Quadratmeter bei einer Jahresproduktion von drei Millionen Steinen.

Die Rohre-Fabrikation stellt alle Arten von Rohrenmaterial her, und zwar für Kanalisationszwecke, für Aquadukte sowie sogenannte holländische Ziegel. Hier arbeiten drei Pressen und 10 Defen auf einem Gebiete von 1200 Quadrat-

metern. Eine gedeckte Halle von 2000 Quadratmetern dient zur Herstellung von jährlich fünf Millionen Kilogramm Zement. Der zur Verarbeitung gelangende Ton stammt aus den Lagern, die der N.-O. in der Nähe von Kachourowo gehören, und der ebenfalls auf dem Luftwege mittels Schwebelbahn an Ort und Stelle transportiert wird.

Die Abteilung zur Herstellung von Racheisen hat bis vor kurzem ausschließlich verschiedene Typen in eigener Fabrikation hergestellt, ist jedoch in jüngster Zeit zur Anfertigung von Dedens- und Mauerstacheln sowie von Ruckbodenschalen übergegangen, die neben den Racheisen hergestellt werden. Hier stehen zwei hydraulische Pressen zur Verfügung, während insgesamt auf 1100 Quadratmetern gearbeitet wird. Die Leistungsfähigkeit dieser Abteilung beziffert sich auf 10 000 bis 18 000 Platten im Jahre. Das Rohmaterial stammt aus eigenen Brüchen, und Ton und Porzellanerde wird aus Nord-Bulgarien bezogen.

Die Porzellan-Fabrikation, deren Produktionsaufnahme jüngeren Datums ist, stellt bisher ausschließlich Isolatoren für mehr und minderhohe Spannungen her. In nächster Zukunft wird hier jedoch auch die Fabrikation von Haushalts-Porzellan aufgenommen werden, wozu 1500 Quadratmeter Terrain und zwei Öfen zur Verfügung stehen. Die Rohstoffe, Porzellanerde, Feldspat usw. sind ausnahmslos bulgarischer Herkunft. Die Leistungsfähigkeit der Porzellan-Fabrikation beträgt momentan 800 000 Kilogramm Porzellan.

Die Maschinenabteilung als vierte technisch-selbständige Sektion umfasst insgesamt 700 Quadratmeter bebautes Gelände; ihr fällt die Aufgabe des Baues und der Reparaturen der in allen Abteilungen der Produktion beschäftigten und benötigten Maschinen zu. Die motorische Kraft der Fabrik umfasst rund 600 PS durch eine „Lang-Maschine, 150 PS“ durch eine Dampfmaschine „Scharer Groß“ und 80 PS durch einen Kohlenmotor. Eine eigene Schwebelbahn verbindet die Fabrik mit den rund 12 Kilometer in der Gegend der Ortschaft Kachourowo entfernenden Legenden und ein Bodenausmaß von 270 Hektar einnehmenden Samolow-Lagern, die dem Unternehmen gehören.

Die gesamte Entwicklung und Leistungsfähigkeit der „Zajda“ innerhalb von 25 Jahren haben aus dem Unternehmen eine der größten bulgarischen Aktiengesellschaften gemacht, die heute überhaupt im Lande besteht. Der größte Teil sämtlicher Bauten der Hauptstadt Sofia sind mit „Zajda“-Regeln gebaut worden, und die Kanalisation der Städte Sofia, Warna und Burgas wurde ebenfalls mit „Zajda“-Rohrleitungen fertiggestellt. Wenn auch in Bulgarien nach und nach weitere Unternehmen der keramischen Industrie entstanden sind, so reichen sämtliche diesbezügliche Fabriken in ihrer gemeinsamen Produktion noch lange nicht an die Leistungsfähigkeit der „Zajda“ heran, die den bulgarischen Markt mit den von ihr hergestellten Fabrikaten zu 65 Proz. beherrscht.

Dr. G. E. Meißel-Sofia.

Außenhandel mit Zement 1925-30.

Während Deutschland den reinen Baustoff, nämlich Zement und Kalk, zu einem großen Teil aus dem Ausland beziehen muß, ist es bei einem anderen Baustoff, nämlich Zement, in starkem Maße Exporteur. Wertmäßig schwankte die deutsche Zementausfuhr in den letzten Jahren zwischen 27 und 39 Mill. Reichsmark. Die Zementausfuhr aus dem Ausland blieb dahinter weit zurück. Sie erreichte ihren höchsten Stand im Jahre 1929 mit 6,5 Mill. RM. Im einzelnen betragen:

Einfuhr	Ausfuhr		Einfuhr	Ausfuhr	
	Ausfuhr	überschub		Ausfuhr	überschub
	in Tausend Tonnen		in Millionen Reichsmark		
1925	72,6	782,4	2,09	27,23	25,14
1926	59,7	968,3	1,72	32,83	31,11
1927	68,6	1176,7	2,78	39,04	36,31
1928	144,2	1061,2	6,38	35,52	29,14
1929	154,6	1070,3	9,16,7	35,23	28,70
1930	122,8	952,0	5,33	31,18	25,85

Im Hochkonjunkturjahr 1927 erreichte die deutsche Zementausfuhr ihren höchsten Stand. Die beiden folgenden Jahre 1928 und 1929 brachten einen leichten Rückgang der Ausfuhr, der sich im Jahre 1930 in stärkstem Maße fortsetzte.



Eisenberg Th., Generalversammlung.

Der 23. Januar war für die Fabrikarbeiter Eisenbergs ein Großkampfstag. Schon beim Betreten des kleinen Volkshauses konnte man es bemerken. Mitglieder, die sonst nie in einer Versammlung zu sehen sind, waren anwesend. Die Anhänger der R.G.D. hatten alles auf die Weine gebracht, um einen Schlag gegen die Verwaltung und das ihnen so unbeliebte Vertretersystem zu führen.

Der Geschäftsführer, Kollege Weitzer, gab den Jahresbericht und die Jahresabrechnung. Für die Kassengeschäfte und den Jahresbericht wurde ihm Entlastung erteilt. Zum Geschäftsbericht wünschte ein Kollege intensivere gewerkschaftliche Bildung der Mitglieder und der Funktionäre. Der Parteibericht wurde ohne Diskussion entgegengenommen. Der Kollege Weitzer verlas sodann ein Schreiben des Hauptvorstandes betr. der Angelegenheit Schlegelmilch. Der Kollege Schlegelmilch gehört der Opposition an und hatte in einer Versammlung den Gauleiter Erdmann, Gimenez, sowie die Führer des R.G.D. als Streikführer bezeichnet. Es wurde deshalb Ausschluß beantragt. Eine ihm gestellte Frist hielt Schlegelmilch ein und nahm die Beilegung wieder zurück; der Hauptvorstand sah deshalb von einem Ausschluß vorläufig ab, erteilte ihm aber eine scharfe Rüge mit dem Bemerkten, bei nochmaligem Wiederholen solcher Vorwürfe müsse diese Rüge mit anzunehmen. Wir fragen nun: Wer hat einen Zurückzieher getan? Der Verband oder der Kollege Schlegelmilch? Sicher doch nur er, denn die erteilte Rüge hat er ruhig hingenommen.

Dann folgte der erwartete Vorstoß der R.G.D.-Anhänger gegen das Vertretersystem, welches aus triftigen Gründen vor einem Jahr eingeführt wurde. Dieses Vertretersystem ist der Opposition ein Dorn im Auge, denn es legt ihnen Schranken auf; sie können in Vertreterversammlungen nicht so nach Herzenslust gegen den R.G.D. und seine Angestellten wüten. Es waren schon vor Beginn der Versammlung zwei Anträge eingegangen, welche verlangten, das Vertretersystem für immer einzuführen, da es sich gut bewährt habe. Der 1. Vorsitzende, Kollege Hiesch, stellte die Anträge zur Abstimmung; ein wildes Geschrei bei der Opposition folgte. Es hatte den Anschein, als müßte man die Leute der R.G.D. erst über Versammlungen und deren Geschäftsführung aufklären. Es kam dann zur Abstimmung über die Anträge: Beibehaltung oder Aufhebung des Vertretersystems. Von der Gauleitung trug man der Kollege Schneider an, während, um über Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrise zu sprechen. Schon nach einigen Sätzen zehnten die ersten Zwischenreden der Opposition ein. Nach weiterem Sprechen versuchten die sogenannten Oppositionellen, ganz systematisch mit Zwischenreden den Kollegen Schneider irrezumachen und ihm seinen Vortrag zu erschweren. Vor dem Versammlungsraum war gesagt worden, es solle ihm die Versammlung vereinfacht werden. Es ist nicht zu glauben, mit wieviel Aufwand von Mühen und Gemeinheiten die Wortführer der R.G.D. ihre Zwischenreden machten. Im Kollegen Schneider hatten sie sich aber geirrt. Keine ihrer Vagen konnte sich halten. Das ganze gemeingefährliche, die Arbeiterklasse schädigende Treiben der R.G.D. wurde vom Kollegen Schneider aufgedeckt. Unbegreiflich für jeden Gewerkschaftler ist es, wenn von der Opposition verlangt wird, die freien Gewerkschaften sollen dann auch noch die Streikenden der R.G.D. unterstützen. Wo die Beiträge der Organisten für die Unorganisierten, um die Verbänden der R.G.D. auch noch zu stützen. Das lehnt die organisierte Arbeiterklasse ab; sie will nicht die Zertrümmerung des Bestehenden, sondern seinen Aufbau. Sehen wir in das Gebiet Halle-Merzburg-Genoa, und die Folgen der Unfähigkeit der R.G.D., können sich nicht traffen zeigen. Gerade jetzt ist Einheit sehr notwendig, denn die Unfähigkeit der Arbeiter ist die Stärke der Unternehmer. Die Gewerkschaften arbeiten mit aller Energie daran, um Wege zu finden und um bessere Arbeitsverhältnisse zu schaffen. Jeder Arbeiter bedarf es, um der Arbeitslosigkeit, die so eine Weltkatastrophe ist, zu begegnen. Durch Verkürzung der Arbeitszeit, der Biergigantenwoche, konnten Arbeitslose in den Produktionsprozess eingereicht werden. Die Unternehmer trauen sich gegen diese Forderungen. Es besteht die Möglichkeit, den Unternehmern den Einstellungsdruck zu bittieren. Es besteht aber auch eine moralische Pflicht der Arbeiter, die im Betriebe stehen, gegen die, welche noch arbeitslos sind. Es darf bei einer kommenden Biergigantenwoche in fünf Tagen nicht jodelt geurteilt werden wie in letzter Lage. Die organisierte Arbeiterklasse wird trotz des Mutes der R.G.D. sich zum demokratischen Staat entwickeln helfen, denselben auszubauen, und so die wirtschaftliche Macht erlangen. Nicht der Bürgerkrieg bringt uns die Befreiung. Es war ein Zeichen des beschränkten Horizontes, als gegen die Arbeiter in den letzten Tagen, die Arbeiter der R.G.D. schreien, wir wollen den Biergiganten, wir wollen den Biergiganten, wir wollen den Biergiganten. Die große Masse der Gewerkschaften haben die letzte Niederlage, wenn der kapitalistische Staat schon einen sozialistischen Gemeinheitsstreik, die aus Kapitalisten kommen. Die Anhänger der R.G.D. haben aber kein, waren sie in England, die Gemeinheitsstreik, die sie sich am Freitag erlaubt haben, würden sie hier dort das Ende ihrer Arbeit bedeuten. Denn zu was hat England seine G.M.? Doch lieber bezahle man keine Führer zu schützen, arbeitslose Elemente nach Schweden und in die Gefängnisse zu bringen. Wir wollen kein Einheitsstreik, weil die Zertrümmerung der Gewerkschaften und eine unheilvolle Diktatur gegen die Arbeiter die Folge wären. Wir brauchen die Zusammenarbeit der Arbeiter

in der Organisation mehr denn je, nicht die Führer, die Masse der Gewerkschaften bedeutet die Kraft im wirtschaftlichen Kampf. Die Arbeiterklasse muß lernen, klar zu denken über wirtschaftliche Fragen, lernen, die wirtschaftliche Macht von der politischen Macht zu trennen. Die Verteilung vom Joch des Kapitals bringt nicht die blutige Macht, sondern der zähe Wille zu gewerkschaftlicher Aufklärungs- und Aufbauarbeit. Es ist an der Zeit, daß die Gewerkschaftler sich nicht mehr länger das Zerplitterungswerk der R.G.D. gefallen lassen. Kritik ist gut, aber in den Reihen der R.G.D. gibt es keine Kritik, keine Anerkennung gewerkschaftlicher Erfolge. Rüssel von Schmutz und Lügen werden über den R.G.D., seine Führer und Anhänger gegossen. Eines aber ist sicher, ohne gewerkschaftliche Arbeit gibt es keine Hilfe für die Arbeiterklasse. Reicher Beifall lobte am Schluß die Ausführungen des Kollegen Schneider; alle Versuche der Opposition, ihn zu stören, waren erfolglos geblieben. Kollege Schneider ist der Opposition die Antwort nicht schuldig geblieben und hat damit der Mehrheit der Versammlung aus dem Herzen gesprochen.

Die Abstimmung ergab, daß die Versammlung mit dem Vertretersystem einverstanden ist, und es bleibt in Zukunft dabei.

Die Diskussion wurde von drei Wortführern der Opposition geführt: es war erstaunlich, wie von ihnen Verleumdungstheorie, religiöser Sozialismus, die Gefährlichkeit der Führer, Vorkriegsstreits wild durcheinander geworfen wurden. Es wurde sogar behauptet, nur der Bürgerkrieg könne die Wirtschaftskrise beheben. Durch diese Diskussion wurde jedem Denken klar, wie leicht das Wissen der R.G.D.-Anhänger ist, wie bei ihnen alles darauf eingeeffelt ist, durch Phrasen die Arbeiter irrezumachen. Im Schlußwort gab Kollege Schneider alle die verdiente Auf-fuhr.

Es folgte dann die Wahl der Verwaltung. Ein eingegangener Antrag lautete auf Wiederwahl der Gesamtverwaltung, da sie das Vertrauen der Mehrheit besitze. Unter wütendem Protest der Opposition wurde über den Antrag abgestimmt und die alte Verwaltung wiedergewählt. Es war eine Niederlage der Opposition und eine Warnung an alle Kolleginnen und Kollegen der Umsterbamer Richtung, in dem neuen Jahr alles daranzusetzen, dem Treiben der R.G.D. ein Ende zu machen und nach Kräften am Aufbau der Gewerkschaften und seiner Ziele zu arbeiten.

Wittenberg, Jahresgeneralversammlung.

Am 25. Januar fand im Gewerkschaftshaus unsere Delegiertenversammlung statt. Aus dem Geschäftsbericht, welcher jedem Delegierten schriftlich vorlag, war zu ersehen, daß die schwere Wirtschaftskrise auch an unserer Zahlstelle nicht spurlos vorübergegangen ist. Die Einnahmen sowie der Mitgliederbestand sind etwas zurückgegangen, was auf die Stilllegung der Betriebe in den verschiedenen Industriegruppen zurückzuführen ist. Die Gruppe Papier, sowie Steine und Erde liegt vollkommen still, in der Chemie- und Nahrungs-mittelbranche wird zum Teil kurzgearbeitet. Durch das gewissensvolle Treiben der R.G.D. und der Nazis wird die Arbeit der Gewerkschaft noch erschwert und die Widerstandskraft der Arbeiterklasse gegenüber dem Unternehmer geschwächt. Ein-stimmig wurde daher beschlossen, gegen das die Interessen der Arbeiterklasse schädigende Treiben dieser sogenannten Arbeiter-organisationen mehr als bisher in Wort und Schrift Stellung zu nehmen. Die Einnahme und Ausgabe der Zahlstelle balancierte mit 86612,61 RM, die der Kassa mit 48 896,61 RM. An Unterstützungen aller Art wurden 30 718,00 RM zur Auszahlung an die Mitglieder gebracht. Beim Arbeitsgericht wurden 123 Klagen anhängig gemacht, neben anderen war der materielle Erfolg rund 5900 RM für die oetz. Zahlstelle.

Die Wahl der Verwaltung erfolgte einstimmig, gewählt wurden die Kollegen Bassiner, Fehmel, Woz, Glöckner, Wode, Wenzel, Hammer und die Kollegin Lehmann.

Der 1. Vorsitzende (Hauptvorstand) hielt dann einen Vortrag über das Thema: Wirtschaftsstruktur und soziale Kämpfe in Deutschland. Er gab einen kurzen geschichtlichen Rückblick über die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsformen und der sozialen Kämpfe der Vergangenheit, um dann die jetzt bestehende Wirtschaftsstruktur eingehend zu behandeln. An Hand-tungen des Kapitals in nationalen sowie internationalen Maßstäbe vor Augen, mit dem Hinweis, daß auch die Arbeiter-schaft noch mehr als bisher international führen und handeln-müsse. Im Mittelpunkt unseres jetzigen Kampfes steht das Problem der Nationalisierung und die Arbeitszeit. Verfür-um so das Gez der Arbeitlosen wieder in den Produktions-prozess einzuführen. Er schloß seine lehrreichen Ausführungen mit dem Appell, an der eigenen Kraft der Arbeiterklasse nicht-wir uns gegenwärtig befinden und für die Auf- und Vor-wärtswendigung der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen die volle Kraft einzusetzen. Nicht Amboss - sondern Hammer sein.

Nach einem kurzen Schlußwort des Vorsitzenden an die Delegierten, im neuen Jahr weiter intensiv für die Organi-sation zu arbeiten und zu werben, fand die eindrucksvoll ver-laufene Versammlung ihr Ende.

A. Kraus

Literarisches.

„Die Arbeit“, Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Herausgeber Theodor Leipart. Schriftleiter Lothar Erdmann. Heft 17, 1931. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes mbH. Berlin S 14. Abonnementspreis vierteljährlich 3,60 RM, für Gewerkschaftsmit-glieder 2,85 RM.

„Gesundheit“, Zeitschrift für gesundheitliche Lebensführung des berufs-tätigen Volkes. Herausgeber: Hauptverband deutscher Krankenkassen e. V., Berlin-Charlottenburg, Berliner Straße 137. Auch die Februar-Nummer dieser an den Kassenschatzern kostenlos verteilten Zeitschrift für gesundheitliche Lebensführung des berufstätigen Volkes bietet wieder genug des Interessanten und Lesenswerten.

Soziale Bauwirtschaft. Das treppentosse Einfamilienhaus, ein bautechnischer und wohnungskultureller Fortschritt. Auf Veranlassung des Verbandes sozialer Baubetriebe hat der Architekt Kurowski verschiedene Untersuchungen zwischen dem ein- und zweigeschossigen Einfamilienhaus ausgeführt. Das Ergebnis dieser Untersuchungen wird in Nummer 2 der „Sozialen Bauwirtschaft“ unter der Überschrift „Das Plano-Haus“ veröffentlicht. Die Interessenten werden auf die Nummer verwiesen.

Die marokkanische Mauer. Ein neues Reisebuch der Bichergilde Outen-berg. In den letzten Jahren ist Nordafrika mehr und mehr Touristenland ge-worden. In den Hafenstädten macht sich Europa breit und verändert das Stadt-bild und die Gebräuche der Bewohner, aber weinige Kilometer hinter der Bombenflugzeug- und Projektorat. Otto Graf, der Autor des im Verlag der marokkanische Mauer, reich illustriert, für die Mitglieder der Gilde in Leinen Buch zerstört eine weit falscher Vorstellungen und gibt uns dafür ein un-fassendes und buntes Bild der jüngsten Wirklichkeit. Die Reise beginnt in Marseille. Otto Graf beschreibt nicht nur das Erlebnis der Überfahrt, er geht auch auf die weltpolitischen Probleme ein. Der Völkerbund hat die nächste Katastrophe nur vertagt. Tanager, sein Produkt, ist der deutlich sichtbare Beweis für die Verlogenheit dieser „internationalen Regelung“. Von Oegenwart führt uns der Autor in flotten Abstechern. Durch eine grandiose Landschaft geht die Fahrt nach Kauen, der Stadt im Rill, wo der Islam von fanatischen Orthodoxen beherrscht und genährt wird. Hier haben die noch unver-drohten. Sie wissen es, daß ihre Vorfahren nicht nur das Schwert über West-europa ausstreckten, sondern daß sie auch die Blüten einer hohen Kultur auf die eroberten Gebiete niederregnen ließen und daß ihre Verwaltung weniger gleich Banditen in Nordafrika ein. Ihre Niederlagen haben sie gelehrt, die brutalen Methoden der Kolonisation zu mildern. Das Kolonialsystem Frank-reichens Bodenschätze Marokkos aus und will alles mit französischem Geist und Mohammedaner kann noch lange keine Rede sein, und die Phrase von einem blase zerplatzen. Die Bajonette der Fremdenlegion werden es nicht aufhalten, heutzutage marschierenden sozialen Umwälzungen den imperialistischen Aus-politikern Frankreichs noch manche schwere Stunde bereiten. Otto Graf läßt uns alle diese Probleme erkennen. Er beschließt nicht nur eine arabische bestaunt nicht nur die orientalischen Wunder, er berichtet auch von der Wirt-schaft und von der sozialen Struktur der nordafrikanischen Länder. Auch Franzosen. Hier ist schon mehr Europa als Orient, aber trotzdem spürt wachenden Afrika. Das mit vielen Aufnahmen des Verfassers illustrierte Buch ist sehr lebendig und anschaulich geschrieben. Es vermittelt die-lehrhaft und trocken zu werden. Man liest es bis zu Ende interessiert und-nissen, die ein Werk der Reiseliteratur vermitteln kann.

Verbandsnachrichten

Brandenburg a. d. Havel.
Die Bürozeiten sind wie folgt festgesetzt: Montag bis Sonnabend von 8-12 Uhr vormittags, außerdem Dienstag und Freitag, nachmittags von 16-18 Uhr.
Die Bezirksleitung.

Ausschlüsse.
Ausgeschlossen wurden gemäß § 14, Ziffer 3a, in Ver-bindung mit § 14, Ziffer 5 des Statuts die bisherigen Mit-glieder der Zahlstelle Füh (Wagern): Ludwig Langer, Mitgl.-Nr. 80 196; Karl Pöhlmann, Mitgl.-Nr. 1246; Hans Janda, Mitgl.-Nr. 929 124; dann gemäß § 14, Ziffer 3a in Verbindung mit § 14, Ziffer 5 des Verbandsstatuts die bis-herigen Mitglieder der Zahlstelle Grabow (Medlenburg): Karl Pöbe, Mitgl.-Nr. S II 298 617; Fritz Sievert, Mitgl.-Nr. S II 776 110, und gemäß § 14, Ziffer 3a, in Verbindung mit § 14, Ziffer 5, des Verbandsstatuts die bisherigen Mitglieder der Zahlstelle Stadthagen: Ernst Bartels, Mitgl.-Nr. 972 756; Paul Neutisch, Mitgl.-Nr. 810 489; ferner gemäß § 14, Ziffer 3a, in Verbindung mit § 14, Ziffer 5, des Ver-bandsstatuts die bisherigen Mitglieder der Zahlstelle Merzberg: Fritz Nubieli, Mitgl.-Nr. S II 580 417; Ernst Rüdrieh, Mitgl.-Nr. S II 350 679; Gustav Mahler, Rarten-Nr. 878 261, und auf Grund des § 14, Ziffer 3a, des Verbandsstatuts des bisherige Mitglied der Zahlstelle Kempen (Augsau): Wilhelm Schmidl, Mitgl.-Nr. 815 876.

Arbeitsmarkt.
Perfekter Schablonenschneider für Spritz- und Schablonier-technik, gleichzeitig tüchtig im Schreiben, mit langjährigen Er-fahrungen, sucht Stellung, gleichviel welcher Branche. Angebote an Fabrikarbeiter-Verband, Zahlstelle Seidenau, Bezirk Dresden.
Gut eingearbeiteter Maschinenglasmacher auf Schiller- und mit Anfänger, sucht für sofort eine passende Stelle. Angebote sind zu richten an Bezirkszahlstelle der Fabrikarbeiter, Ray-büttle (Thüringen).

Dresden, Jahresgeneralversammlung.

Im großen Saale des Volkshauses in Dresden tagte am 30. Januar 1931 die Jahresgeneralversammlung der Zahlstelle, um den Geschäfts- und Kassenbericht des Jahres 1930 entgegenzunehmen und die Neuwahlen für die Ortsverwaltung durchzuführen.

Der vom Kollegen Grafe erstattete Geschäftsbericht gab ein Spiegelbild der allgemeinen Wirtschaftslage mit ihren trübenden Beschränkungen Lohn- und arbeitsmarktpolitischer Art, insbesondere aber auch den Stand unserer Bewegungen und Arbeiter im Zahlstellenbereich. Die unheilvollen Folgen des Krisenjahres 1930 haben sich auch für unser Zahlstellengebiet in voller Auswirkung eingestellt und die Anspannung aller Kräfte verlangt um das Ertrügnisse zu halten, Umsätze abzuwehren oder abzumindern. Das an alle Funktionäre anfallende Arbeitspensum ist als ein außerordentlich großes zu bezeichnen.

Uebergrößer ist auch die Arbeitslosigkeit in fast allen von uns vertretenen Gruppen. So weisen die männlichen Arbeiter in der Gruppe Papierindustrie mit durchschnittlich 17 Prozent und die weiblichen Arbeiter mit 18 Prozent der Mitgliedschaft den niedrigsten Stand der Arbeitslosigkeit, und die Gruppen Grobkeramik mit 53 Prozent der männlichen und 50 Prozent der weiblichen Mitglieder den höchsten Stand der Arbeitslosigkeit auf. Dazu tritt eine ausgedehnte Kurzarbeit, so daß im Durchschnitt des Jahres 1930 40 Prozent der männlichen Mitglieder und 32 Prozent der weiblichen Mitglieder mit Arbeitslosigkeit und 14 Prozent der männlichen und 18 Prozent der weiblichen Mitglieder mit Kurzarbeit zu rechnen hatten. Im Brennpunkt standen, beeinflusst durch die steigende Krisis in der Wirtschaft auch bei uns die Lohn- und Tariffragen. Während in erster Reihe Gruppen Lohn- und Tarifverträge unverändert weiterlaufen, ist in anderen ein Abbau der Löhne von vier bis sieben Prozent erfolgt, ohne daß eine wirksame Abwehr möglich war. So betrüblich dieser Zustand auch ist, so ist es aber doch gelungen, den ungeheuerlichen Abbau- und Verschlechterungsanträgen in Lohn- und Tariffragen der Arbeitgeber und ihrer Verbände Widerstand mit Erfolg entgegenzusetzen. Ganz besonders wurde vom Referenten betont, daß diese Bewegungen noch nicht zum Abschluß gekommen sind und alle Kräfte organisatorisch zusammengefaßt werden müssen, um für neue Kämpfe gerüstet zu sein.

Ein Kapitel für sich bilden die zahlreichen Stilllegungsanträge der Betriebe, wobei ganz besonders auf die Stilllegungen und Wiederaufnahme des Betriebes Willeroth & Voch, Steingutfabrik hingewiesen werden muß. Die Mitgliederzahl erfuhr im Jahre 1930 einen leichten Rückgang, der aber als normal anzusprechen ist und durch verstärkte Agitation leicht wieder ausgeglichen werden kann.

Ueber das Ausmaß der von der Zahlstellenleitung geleisteten Arbeiten geben folgende Zahlen Aufschluß:

Vor den Arbeitsgerichten waren 106 Klagen anhängig gemacht, 561 Betriebsbesprechungen zur Aufklärung der Arbeiterschaft wurden abgehalten, 594 Vertretungen vor Instanzen mit über 25 000 Postausgängen kennzeichnen den Stand der geleisteten Arbeit der Zahlstellenleitung. Zur Ausbildung der Funktionäre wurden zwölf Kollegen nach unserer Verbandsschule und Betriebsräteschule delegiert.

Besondere Ausbildungsläufe für Arbeiterinnen haben vier stattgefunden, desgleichen vier Arbeiterinnenkonferenzen.

Zur Erleichterung der Agitation wurde laut Verwaltungsbeschluß bis zum 23. Februar 1931 von einer Erhebung von Eintrittsgeld für neue eintretende Mitglieder abgesehen.

Mit beständiger Schärfe wurde vom Referenten die Spaltungsarbeit der NSD. geanklagt und auf die gleichen Bestrebungen der Nazi mit ihrer unwahrscheinlichen Agitation hingewiesen, die in dem schwersten Kampf, den die Arbeiterschaft zu führen hat, den Arbeitgebern Helfershelfer leisten.

Der vom Kollegen Grün erstattete Kassenbericht, welcher gedruckt vorlag, weist trotz der ungünstigen Wirtschaftslage einen günstigen Stand auf. Die Beitragsleistung ist als gut zu bezeichnen. Ein- und Ausgaben bilanzieren mit 598 189,55 Reichsmark. Außerordentlich hoch sind die Summen, die an Erwerbslose, Kranke und Invaliden als Unterstützung zur Auszahlung gebracht werden mußten. Sie belaufen sich auf 221 072 Reichsmark für Erwerbslosenunterstützung, auf 66 769 RM für Krankenunterstützung, auf 42 111 RM für Invalidenunterstützung, auf 20 000 RM für Ausgehende, so daß einer Einnahme von 44,90 RM pro Mitglied 30,61 RM an Unterstützung zur Auszahlung gebracht wurden. Gleich hohe Anforderungen wurden an die Kassa gestellt, indem allein 35 000 RM an Brot- und Schmalzverteilung und Weihnachtunterstützung an die Erwerbslosen zur Auszahlung gelangte, so daß an Sonderunterstützung inklusiv Ausgehende 55 000 RM zur Auszahlung kamen. Trotz dieser großen Ausgänge ist sowohl der Stand der Kassa als auch der Kassa am Orte als gut zu bezeichnen.

Die zur Diskussion gestellten Berichte wurden von den Kollegen Garten und Weig mit den üblichen oppositionellen Einwendungen bestritten, wobei der Kollege Garten es auch mit unwahrscheinlichen Behauptungen nicht sehr genau nahm, und der Kollege Weig vor allem die Hilfe der Zahlstellenleitung in der Subventionsfrage des Betriebes Willeroth & Voch kritisierte.

Die Kollegen Hartner, Zimmermann und Wachsman u. h. übernahmen die Nichtigstellung der von den vorgenannten Kollegen aufgestellten Behauptungen.

In seinem Schlusswort rechnete Kollege Grafe in außerordentlich wirksamer Weise und an Hand von einer Fülle von Material, mit der Unwahrscheinlichkeit der Agitationsmethoden der NSD. und NSD. ab.

Die Wahlen zur Ortsverwaltung brachten eine einstimmige Annahme der von den Vorschlagsstellern aufgestellten Kollegen und Kolleginnen. Vorschläge durch die Generalversammlung erledigt nicht.

Mit einigen Mitteilungen wurde diese Hauptversammlung des Jahres geschlossen. Richard Mager, Schriftführer.

Selb, Generalversammlung.

Am 31. Januar, nachmittags 4 1/2 Uhr, hielt die Zahlstelle Selb ihre Jahresgeneralversammlung ab. Der Besuch war eine gute. Kollege Mager erläuterte den gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht. Das Jahr 1930 war für den Bereich der Zahlstelle Selb mit 95 Proz. Porzellanindustrie ein Jahr der schlimmsten Krise. Die Beschäftigtenzahl ist um 1000 gesunken, während die noch in den Betrieben Beschäftigten fast das ganze Jahr hindurch zwei und drei Tage, ja, sogar einen Tag in der Woche arbeiteten. Die Unternehmer mühen diese Krise geschickt aus und versuchen, unter wirtschaftlichem Druck die Stückpreise zu senken. Für die Arbeitgeber gilt der Grundsatz aus der Rabener Affäre „Gewalt für Recht“. Die Mitgliederverluste in Höhe von 88 sind in Anbetracht der großen Krise sehr gering; doch muß dieser Verlust wieder ausgeglichen werden. Die Beitragsleistung ist eine gute. Die Zahlstelle hat aus sozialen Mitteln (außer den statutarischen Unterstützungen) namhafte Zuschüsse an ausgesetzte Mitglieder gegeben.

Die Agitation wird durch die verlorene Schreibweise der kommunistischen Partei sehr erschwert, obwohl die Arbeiterschaft gerade in der letzten Zeit eine einheitliche geschlossene Gewerkschaft notwendig hätte. Der Kassenbericht zeigte ein zufriedenstellendes Ergebnis; nur durch die Verschmelzung im großen Verband war es möglich, segensreich für die Mitglieder zu wirken. Die Arbeit des Kassierers wurde besonders hervor-

gehoben und ihm einstimmig Entlastung erteilt. Die Anerkennung der im verflochtenen Jahr geleisteten Arbeiten fand ihren Ausdruck in der einstimmigen Wiederwahl der alten Verwaltung. Kollege Mager dankte allen Mitgliedern, besonders den Funktionären, und betonte, noch mehr Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen zu gewinnen, und im neuen Jahre mit neuer Kraft zu arbeiten für die Organisation, mit dem innigen Bestreben, der Arbeiterschaft zu dienen, denn nur so kann die uns bevorstehende schwere Arbeit bewältigt werden.

Er schloß die imposant verlaufene Versammlung mit einem Appell zur Einigkeit, denn zur Überwindung der Krisenauswirkungen ist eine geschlossene Gewerkschaft erforderlich.

Lohe a. M., Generalversammlung.

Am 18. Januar fand die ordnungsgemäße gutbesuchte Generalversammlung der Glasarbeiter Zahlstelle Lohe a. M. statt.

Die Tagesordnung war wie bei allen Generalversammlungen reichhaltig, konnte aber auf Grund guter Vorarbeit laufend vortritten gehen. Beim Geschäfts- und Kassenbericht, der vom ersten Bevollmächtigten gegeben wurde, erwies sich eine Kritik als überflüssig. Der Bericht der Revisoren zeugte von bester Ordnung in der Kasse. Die alte Verwaltung wurde einstimmig wiedergewählt.

In zweistündigem lehrreichen Vortrag schilderte der Kollege Girbig die politische und wirtschaftliche Lage in Deutschland. Mit großem Beifall wurden seine Ausführungen entgegengenommen. Anschließend wurden die Berichte der letzten Betriebsratsitzungen gegeben. Im weiteren Verlauf der Versammlung erfolgte die wörtliche Befragung des Schiedsrichters der Gruppe 6, gefolgt von Nürnberg. Der gefällte Schiedspruch wurde scharf kritisiert, weil die Gruppe 6 schlechter gestellt wurde. Der Schiedspruch wurde abgelehnt und sofort der Zentrale Mitteilung gegeben.

Im Jahre 1931 kann die Zahlstelle Lohe a. M. ihr dreißig-jähriges Bestehen feiern. Das Fest soll in den Sommermonaten abgehalten werden.



Die Ehefrau als „Doppelverdienerin“.

Die große Arbeitslosigkeit, die augenblicklich herrscht, hat die Anregung veranlaßt, daß die berufstätigen Ehefrauen, deren Männer in festen Stellungen sind, auf ihren Erwerb zugunsten von arbeitslosen Männern und Frauen verzichten, da sie durch ihren Mann versorgt sind. Sie werden als „Doppelverdienerinnen“ bezeichnet, deren Tätigkeit nicht im Sinne der sozialen Erwägungen ist. Es fragt sich nun, wie viele berufstätige Ehefrauen als Doppelverdienerinnen bezeichnet werden können, und ob die große Aktion, die den Abbau dieser Arbeiterinnen erstrebt, von Bedeutung ist. Es gibt insgesamt in Deutschland 21 Millionen Arbeitnehmer. Davon sind rund 6 Millionen Frauen. Die Arbeitnehmer, Lohn- und Gehaltsempfänger, also Beamte, Angestellte und Arbeiter, verdienen 46 Milliarden. Von diesen entfallen auf die Einkünfte der angestellten Frauen aller Art nach der Statistik für das Jahr 1929 insgesamt 8,6 Milliarden. Da das Gesamteinkommen des deutschen Volkes im Jahre 1929 rund 70 Milliarden betrug, so entfällt auf das Einkommen der Frau ein Anteil von 11 Prozent. Von dem Gesamteinkommen aller Arbeitnehmer empfangen die Frauen im Jahre 1929 19 Prozent. Das Verhältnis des Arbeitseinkommens der Frauen zu dem der Männer ist also an sich schon ungünstig, denn während der Anteil der weiblichen Arbeitnehmer ein Drittel beträgt, ist ihr Anteil am Einkommen noch nicht einmal der fünfte Teil des Gesamteinkommens der Arbeitnehmer.

Von diesen 6 Millionen arbeitenden Frauen sind allerdings nach den statistischen Angaben ungefähr 3,5 Millionen verheiratet, wenn wir mit runden Zahlen rechnen. In diesem Zusammenhang betrachtet, ergibt die Anzahl der berufstätigen Ehefrauen ein seltsames Bild. Denn die Statistik erfährt auch alle diejenigen Ehefrauen als erwerbstätig, die in dem Geschäft oder dem Betrieb ihres Mannes tätig sind. Nun weiß man, daß die Ehefrauen des Mittelstandes fast alle gewinnbringend sind, ihren Männern in ihren Unternehmungen zu helfen, da diese nicht so einträglich sind, daß sie die Bezahlung teurer Hilfskräfte gestatten. Die Zahlen der berufstätigen Ehefrauen

Einstimmig ging von allen anwesenden Kollegen und Kolleginnen der Wunsch aus, daß Kollege Emil Girbig als der älteste Pionier zu dieser Feier erscheinen möge, und zwar als Festredner. Auf wiederholten Wunsch gab Kollege Girbig seine Zusage.

Mit einem Hoch auf die internationale Glasarbeiterbewegung konnte der Vorsitzende die Versammlung um 6 Uhr schließen.

Tettau.

Von der Generalversammlung der Zahlstelle Tettau erschienen in der kommunistischen „Neuen Zeitung“ vom 22. Januar 1931 ein Bericht, der eine Gipfelleistung geistiger Debe und Armseligkeit darstellt. So kläglich und so jämmerlich wie dieser Bericht sieht die kommunistische NSD.-Bewegung im Tettauer Bezirk aus. Wer hätte je geglaubt, daß eine Bewegung auf diesen geistigen Tiefstand sinken könnte. Nicht nur, daß gelogen wird, ist an dem Bericht auffällig, sondern daß die die NSD. bildenden Elemente nicht mehr kritisieren und geistig diskutieren können. Mit ein paar Mäxchen, ein paar albernen Bemerkungen und mißverständlichen Redensarten glauben sie, harte, drückende Wirtschaftslagen umgehen und Arbeiter und Arbeiterinnen imponieren zu können. Wenn die deutsche Arbeiterschaft sich auf dieses simple, einfältige Geistesniveau des kommunistischen Berichterstatters herabdrücken ließe, dann stände es schlimm in Deutschland. Das haben sicher auch die sogenannten NSD.-Anhänger empfunden, als sie die Versammlungsvorgänge mit dem Schreibeprodukt ihres Berichterstatters in der „Neuen Zeitung“ verglichen. Wir sind überzeugt, sie haben den Mann bemitleidet, und diese Anstrengung eines krankhaften, bauernswerten Gehirns entprechend gewertet. Auf solche Ergebnisse NSD.-Dünas kann die „revolutionäre“ Bewegung stolz sein. Wir beglückwünschen sie dazu. So etwas steht wirklich einlärzt und einzig als Zeichen des Niederganges da. Arme NSD., dumme NSD., denk noch an die Zeiten...

Zur Erwerbstätigkeit der Frau.

In den letzten Nummern der Frauenbeilage des „F. W.“ mehrten sich die Artikel über moderne Frau und Zeit. Die Beschreibungen laufen alle in einer Richtung, und es besteht Veranlassung, die verschiedenen schon „glänzend“ gelösten Momente einmal näher, und vor allem kritischer, zu beleuchten.

Der Hauptfortschritt und das große Ereignis gipfeln nach diesen Beschreibungen in der Tatsache, daß 4 Millionen Frauen in Deutschland berufstätig geworden sind, dadurch zur wirtschaftlichen Freiheit gelangt und sich von der Unterdrückung und Willkür des Mannes befreit haben.

Mag dieser neue Fortschritt in einer Großstadt, mit großstädtischer Schnelligkeit geschehen, ein gutes Bild geben, ja, viel leicht gut sein — in der Kleinstadt und auf dem Lande, wo man sich menschlich näher kommt als in großen Städten und Großbetrieben, kann man das Lob und die Begeisterung ob dieser Neuerscheinung nicht als lebenswahr aufnehmen.

Nun zu den berufstätigen und befreiten Frauen selbst. Die in Berufen arbeitenden Frauen sind in zwei Gruppen zu teilen, erstens die Witwen, die für sich und ihre Kinder sorgen müssen, ebenso die Frauen, deren Mann so wenig verdient, daß die Kinder durch die Mitarbeit der Frau oder der erwerbslose Mann auch gleich mit ernährt werden muß. Für die Frauen in dieser Gruppe hat die Berufstätigkeit ein ganz anderes Gesicht als bei ihren Mitschwester, und das Wort von der wirtschaftlichen Unterdrückung des Mannes mutet in den meisten Fällen als ein schlechter Scherz an. Dasselbe bei den Frauen, die ihren erwerbslosen, ausgesetzten Mann mit ernähren müssen, und die den Tag herbeischnen, an welchem der Mann die wirtschaftliche Vorherrschaft wieder erlangen möge. Somit dürfte dieser Teil der Witwen und Frauen nicht in den Genuß dieses gepriesenen Frauenfortschrittes kommen.

Die zweite und weitaus größte Gruppe wären allerdings diese Frauen und Mädchen, die nicht gewinnbringend sind, unter solchen drückenden Umständen zu arbeiten. Für diese mühten die Beschreibungen zutreffen, doch auch hier finden wir in der Mehrzahl Hintergründe, die zu den Behauptungen durchaus keinen Beweis darstellen.

Unmöglich ist es doch als einen Fortschritt zu bezeichnen, wenn ein Mädchen jahrelang arbeitet und kauft und höchstens das erreicht, daß sie direkt oder indirekt ihren Bräutigam brotlos macht. Dann bleiben als Auswirkung dieses Aufstiegs nur zwei Wege, entweder warten mit der Heirat (und welches Mädchen tut das gerne) oder heiraten den Mann gleich mit ernähren, und somit in die vorerwähnte Gruppe der Frauen einzutreten.

erschienen darum in einem ganz anderen Licht, besonders, wenn man erfährt, daß rund 2,5 Millionen von ihnen in den Betrieben ihres Mannes tätig sind. Wenn man auch unter allen Umständen den Grundabz berücksichtigen muß, daß in dieser Weise die Ehefrau nicht anderen Arbeitnehmer Konkurrenz machen soll, so kommen doch dafür nicht die eben genannten 2,5 Millionen Fälle in Betracht. Es bleiben also von allen berufstätigen Ehefrauen nur rund 1 Million übrig. Von dieser Zahl entfällt wieder ein großer Teil, nämlich rund 40 Proz., auf selbständige Unternehmerinnen, die nicht nur eigene Betriebe haben, sondern z. T. viele Angestellte beschäftigen. Sie sind also auch nicht Doppelverdienerinnen im Sinne des erforderlichen Abbaues. Schätzungsweise kann man annehmen, daß weitere 40 Prozent bis 60 Prozent, also ungefähr 400—500 000 Frauen, zur Arbeitsleistung gezwungen sind, weil die Männer arbeitslos sind. Der größte Teil von ihnen ist bei Wäschereien, in Fabriken usw. tätig oder als Aushilfen in Haushalten beschäftigt. Insgesamt bleiben also nur 100 000 Ehefrauen übrig, die als Angestellte oder Beamte neben der Tätigkeit des Mannes noch mitverdienen. Mindestens 90 000 von ihnen sind in Privatbetrieben beschäftigt, wo sie meist schon vor ihrer Ehe tätig waren und sich einen Vertrauensposten errungen haben. Ob die Besitzer dieser Betriebe den Abbau der angestellten Ehefrauen fördern wollen oder nicht, bleibt ihnen allein überlassen. In Staats- oder behördlichen Stellen sind aber nach einer ungefähren Schätzung von Regierungsseite aus noch nicht 10 000 Ehefrauen beschäftigt. Falls der Abbau dieser Doppelverdienerinnen durchgeführt werden sollte, so dürfte die damit erzielte Entlastung des Arbeitsmarktes angesichts der Millionen von Arbeitslosen nur sehr gering sein. Trotzdem wäre aber aus Gerechtigkeitsgründen den vielen Arbeitslosen gegenüber gegen eine solche Maßnahme nichts einzuwenden, zumal dann, wenn auch die Ehepartner in selten und pensionsberechtigten Stellen, also ohne Sorgen, sind.

Ein weiterer Teil der arbeitenden Mädchen hat sich in Folge seines Verdienstes an Ansprüche (wenn auch nur mäßige) gewöhnt, die bei einer künftigen Ehe aufgegeben werden müssen. Dies wird wohl in den meisten Fällen vorerst einen Verzicht auf die Ehe mit sich bringen, die man aber in späteren Jahren doch noch einget, und bei der der Vorzug der wirtschaftlichen Selbigeit doppelt und dreifach drauf bezahlt werden muß.

Ueber die aus der wirtschaftlichen Befreiung hervor gehende sexuelle Freiheit kann man kaum mit ein Prozent der Frauen sprechen. Es dürfte bei der ganzen kulturellen, gesellschaftlichen, landschaftlichen und klimatischen Einstellung Deutschlands ebenso Englands und Skandinaviens nicht so leicht möglich sein, die Grundanschauungen der Frau so ohne weiteres umzustossen.

Ueber die Konkurrenz der Frau ist man kaum geteilter Meinung. Wird einem jungen Mann nach dem andern gekündigt, ohne daß eine weibliche Arbeitskraft auch nur im geringsten Gefahr läuft, entlassen zu werden, so gibt ja in diesem Verhalten das Kapital die einzige richtige Antwort, abgesehen von der Meinung der auf die Straße gemworfenen jungen Männer, die von keinen noch so neuzeitlichen Frauenfortschrittler geändert werden kann.

Das Gesamtergebnis der Berufstätigkeit der Frau zeigt vor allem einen ungeahnten Nutzen auf der Seite des Kapitals. Die Frau selbst hätte demnach das „Joch des Mannes“ abgeschüttelt und es bereitwillig mit dem des Kapitals vertauscht. Dies noch als einen Fortschritt zu bezeichnen, wäre auf einmal wirklich zuviel gesagt.

Da die Zustände nunmehr doch nicht so ohne weiteres rückgängig gemacht werden können, bleibt für die Frauen vor allem die Pflicht, der Organisation beizutreten. Hier wird die Frauenfrage entsprechend der Situation über macht werden und nach Möglichkeit verhindert, daß die Frauen auf ihren eigenen sowie auf einen Gesamtschaden hin arbeiten. S. M. S.

Die Zahl der berufstätigen Frauen

hat sich seit dem Jahre 1907 fast verdoppelt. 48 Proz. aller deutschen Frauen stehen im Beruf; in Frankreich sind es allerdings noch mehr, 50 Proz. Dagegen sind es in Amerika nur 17 Proz., was mit der eigenartigen Stellung zusammenhängen dürfte, die die Frau dort einnimmt.

Vorher — Hernach. Die Geschichte eines Findlings.

Von Eric Herrmann.

(Nachdruck verboten.)

„Ein junger Landarzt, Kamerad!“ sagte er auf den fragenden Blick von Andreas. „Ich habe ihn neulich in Dels gefoltert. Verdammte, hat bei einer Abkantung, und steht auf unserer Seite...“

„Auf welcher?“

„Au, gegen die Großagrarien! Die sind auf einmal so freundlich zu uns, weil ihnen alle Felle mit Wilhelm fortgeschwommen sind.“

Andreas ließ sich den jungen Arzt zeigen. Er sah am Ende der ersten Stuhlreihe und musterte mit scharfen Augen die Versammlung. Augenscheinlich kam es ihm auf eine Abschätzung der Stimmung an. Dann und wann warf er kurze Notizen auf einen Schreibblock oder suchte Ausschüsse aus seiner Aktenmappe hervor. Das scharfgeschnittene Gesicht betriet Klugheit und unbegleiteten Willen. Die Sicherheit und Abgemessenheit der Bewegungen bewies, daß dieser Mann als Gegner zu fürchten war.

„Blödsinn verurteile die Unruhe. Die Gänge der im Hintergrunde Stehenden reichten sich. Von einer Seitentür her erschienen die Herren der Versammlungsleitung mit dem Redner auf der Bühne und gruppieren sich an dem langen Tische. In den vorderen Stuhlreihen wurde der Versuch gemacht, den Redner mit Beifall zu begrüßen. Doch ein unerwartetes Rischen, aus allen Ecken kommend, erstichte den Versuch. Andreas sah mit Lachen, wie der Bürgermeister ängstlich den Kopf zwischen die Schultern zog. Am Vorstandstische steckte man bestürzt die Köpfe zusammen.“

„Na, hab' ich recht, Kamerad?“ flüsterte der Arbeiter Andreas zu. „Dide Luft heute abend. Wenn erst der blonde Doktor loslegen wird. Ich gratuliere!“

Der Versammlungsleiter ließ die Klingel schrillen. Dann eröffnete er die Versammlung im Namen der Deutschnationalen Partei, sprach einige gewandte Worte über Absichten und Ziele und verächtelte mit überzeugendem Eifer, daß die neue nationale Partei sich mit den durch den Umsturz geschaffenen Verhältnissen, besonders auch mit der neuen Staatsform, abgefunden habe und nicht mit der alten konservativen Partei zu verwechseln sei, die sich manches miterschuldet habe.

„Und der Redner des heutigen Abends, Graf Niesenbrunn?“ kam klar und scharf ein Zwischenruf von dem jungen Landarzt.

Die Versammlungsmittel war betroffen. Von den Wänden und aus dem Hintergrunde kam Lachen und Beifall. Der Leiter klingelte nervös. Graf Niesenbrunn zupfte verlegen an seinem kleinen, weißen Bärtchen. Am Vorstandstische steckte man wieder die Köpfe zusammen. Einige der Herren rebellen eifrig auf den Versammlungsleiter ein, der noch immer, ohne Grund und nur in seiner Unsicherheit, die schrille Glocke schrillte. Endlich nahm der Versammlungsleiter wieder das Wort: „Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach diesem Hinweis einer Störung der Versammlung sind sich die Herren des Vorstandes einig geworden, daß von einer freien Aussprache im Anschluß an die Rede unseres verehrten und jetzt so schmächtig angegriffenen politischen Freundes, Graf Niesenbrunn, abgesehen werden muß. Wir haben eine solche Aussprache zwar durch unsere Plakatierung angekündigt und versprochen, sehen uns aber außerstande, unser Wort einzulösen...“

„Das ist man bei Ihnen gewöhnt! Sie haben noch viel mehr versprochen und nicht gehalten!“

Dieser Zwischenruf kam aus einer Ecke. Man wandte sich wohl mit verdeckten Hälsen um, aber der Sprecher war nicht zu sehen. Von allen Seiten kam lebhafter Widerspruch. Die Unruhe stieg. Wieder schrillte die Klingel. Andreas, der eingeleitet zwischen den erregten Menschen stand, packte eine unbekannt Eindrückung. Er drängte nach vorn und hob den Arm. Vom Vorstandstische sah man gesippenlich über ihn weg, ebenso über den jungen Arzt, der sich gleichfalls meldete.

Jetzt ging der Bürgermeister bis an die Bühne vor und machte den Versammlungsleiter auf Andreas aufmerksam und fügte einige erklärende Worte hinzu. Sofort schrie der Versammlungsleiter: „Hier meldet sich einer unserer tapferen Kämpfer zum Wort, dessen Namen wir alle kennen und auf den alle Zrempelner stolz sein können. Bitte, Herr Feldwibel Wirkenbuch, kommen Sie doch an das Rednerpult.“ Herr Feldwibel Wirkenbuch, ein Zrempelner Bürger, hat das Wort!“

Andreas sah von der Bühne aus in die aufgeregten, gespannten, fremden Gesichter. Etwas Unbekanntes drückte seine Kehle zusammen. Seine Zunge lag plöcklich wie ausgetrocknet im Munde, zum Sprechen unfähig. Der Beifall, der sein Erscheinen begleitete, half ihm über die ersten, hangen Augenblicke hinweg. Er wurde Herr seiner ausdauernden Gedanken, fand die Gewalt über die Sprache wieder und sah bei einigen tiefen Atemzügen auf die verwirrten Gesichter unter sich und vor sich. Allmählich wurde auch der Blick klar. Er konnte die einzelnen Gesichter unterscheiden und nahm nun den Bürgermeister auf das Korn, um sein Gesicht auf Zustimmung oder Verger zu beobachten.

„Kameraden!“ begann Andreas und verzog in der ungewohnten Lage die vielen anwesenden Frauen mit in die Arme einzubeziehen. Verzeihen Sie, wenn ich als seltlicher Soldat hier zuerst das Wort nehme. Aber da Sie im Begriff sind, etwas Kaltes und Schändliches zu tun, läßt mein Gewissen das Schweigen nicht zu... Wir kommen aus einem verlorenen Kriege heim. Noch wissen wir alle nicht, warum dieses unermessliche, bittere Ende kommen mußte. Darüber wird man später wieder schreiben. Ueber einige Gründe — und es sind nicht die unerbittlichen — leben wir schon heute klar; wußten wir Soldaten seit Jahren Bescheid. Schuld war, daß man nirgends ein offenes Wort hören wollte und verweigert, daß es nur ein Verbrechen oben und ein Strammstehen und Gehorchen unten gab. Jeder Wahrheitsstücker und Wahrsager gehörte zu den Geächteten und Verfehmten. Und stieg schließlich einmal ein wahres, ernstes Wort, das die Dinge schlichter, wie sie waren, wüßiam erdeter, dann... es war Synthese zu Synthese heranzugewandelt und mit verhängenden Kliden bebedet und bezerrt, bis nichts mehr von der Wahrheit und Wirklichkeit zu erkennen war. Sticht die Fähigkeit, die Wahrheit zu hören und zu begreifen, ab, je höher man steigt? Dann ist es für einen innerlichen Menschen besser, niemals bis zu einer solchen Bühne emporzuklimmen...“

„Aus allen Ecken dröhnte Weif-A. Andreas schiedte einen Blick vom Gesicht des Bürgermeisters, das volles Entsetzen überprüfte, zu dem Landarzt herüber, der beifällig nickte und ebenfalls klatschte.“

„Vor was liegt ein zertrümmertes Vaterland, das mit uns aus der Tiefe emporsteigen will. Das wird uns nur gelingen, wenn wir im klugen Streite der Meinungen Ansicht gegen Ansicht stellen, verstanden, den richtigen Gedanken aus der Tiefe zu heben und zu verwirklichen, zur Wahrheit zu stehen und uns für sie zu ringen. Diese Pflicht des geistigen Weiterkampfes haben wir als Vermächtnis von unsern gefallenen...“

Brüder überkommen. Die Zeiten der Unterdrückung der ehrlichen und freien Meinung müssen vorüber sein. Wer eine gute, gerechte Sache zu vertreten hat, scheut nicht das helle Licht. Brüder! Gebt Raum für das offene, eheliche, gerade, deutsche Wort!“

Andreas stieg nach einer höflichen Verbeugung gegen den Versammlungsleiter, der ein verbutes Gesicht zeigte, von der Bühne. Einen Augenblick folgte tiefe Stille. Die Herren am Vorstandstische warfen zufriedene Blicke auf den Grafen Niesenbrunn. Doch plötzlich begann der junge, blonde Landarzt mit dem Handklatschen, und von allen Seiten her kam dröhnender Beifall. Zurufe stiegen auf. Man drängte aus dem Hintergrunde nach vorn. Auf der Galerie kam es zu einem heftigen Wortwechsel zwischen dem Kriegsbereiten, der Andreas für sich reklamierte, und der Schönenhilfe, die den Vorstoß gegen den Vorstand bearbeit. Die besseren Bürger in den vorderen Stuhlreihen standen auf, machten ängstliche Gesichter und suchten in Gedanken bereits den kürzesten Weg, um aus dem Saale zu gelangen. Der Versammlungsleiter läutete wie bestessen. Er versuchte auch durch Schreien Ruhe zu schaffen, aber niemand hörte auf ihn. Seine Worte gingen in dem Durcheinander unter. In diesem Chaos trat der junge Landarzt auf die Bühne. Man sah ihn mit den Herren vom Vorstand verhandeln. Sofort trat wieder Ruhe ein. Der Versammlungsleiter läutete noch einmal kurz und kündigte dann an: „Herr Dr. Heim hat das Wort!“

„Meine Damen und Herren!“ fing er an, „ich stimme den tapferen und ehelichen Worten des Kameraden Wirkenbusch zu.“

Wir saßen auf der Hafenmauer von Venedig, ließen die Beine nach unten baumeln und steckten die Nasen gelangweilt in die Luft. Es war Mittag, die Sonne hing wie ein Saß. Eine heiße Brüh überzog uns. Witternecht kratzelte umständlich nach einem Floß, der ihm in die Haut kniff, fluchte nur immer: „So ein Was! So ein Was!“, bis er ihn unterhalb des linken Armes faßte und ihn im Hemd vertrieb. Ein roter Streifen Blut blieb übrig. Sonst war nichts weiter in dieser Stunde. „Riebold erzählt was; Venedig ist wie eine Maus, sie knabbert einem die letzte Grube aus dem Schädel. Erzähl was, wenn's auch Schwindel ist, der Bauch muß in Bewegung kommen.“

Über Riebold pennte und wird wohl einen Traum gehabt haben. Dafür legte Klaus Schneefien, unser erster Steuermann, der die Seemannsschule besucht hat und ein kreuzgeschwelter Kerl ist, los:

„Habt ihr schon einmal einen Hund in seiner Muttersprache belien gehört? Nein, habt ihr noch nicht? Na, denn will ich's erzählen.“

„Wir lagen vor Jahren, ich glaub', es war kurz nach dem Kriege, und ich fuhr noch als Schiffsaspirant das erste Jahr, im Hafen von Genua. Es sind also jetzt neun bis zehn Jahre her, aber ich habe die Geschichte noch warm auf der Zunge. Gingen wir an Land, war da eine Kaffeehütte, die einer Deutschen gehörte, Jenny Blake, aus Hannover, wo es auch Schnaps und frische Wurst gab. Wir gingen gern hin, das werdet ihr denken können. Fast die halbe Feuer knauferten die Jungen zusammen, damit es hoch hergehen konnte, und wir alle ein hübsches Geld in der Tasche hatten. Alle Tischen konnten wir unsicher machen, zu Jenny Blake fanden wir immer den Weg, wenn wir belissen waren. Und lustig und stramm in der Kehle. Sie braute uns dann einen Kaffee, den wir aus Liebe und Freundschaft hinunterwühlten, stopften unsere Pfeifen mit Virginia, dann schnatterten wir los, waren gut mit ihr und sangen deutsche Lieder: „Nuch, du hast die Gans gestohlen“ und anderes.“

Es waren sonst nur Italiener in Jennys Laden, einige französische kurzberockte Frauenzimmer noch, und, wenn ich beinahe vergessen hatte, noch ein Deutscher, ein Frankfurter. Jüngens, war das ein Bruder! Dumm war er nicht, kann man nicht jagen, Gott bewahre, aber ein Unikum. Als muß der Kerl gewesen sein, wie Metusalem. Irgendwie, eine mitleidige Seele, hatte ihn in einen alten Anzug gesteckt, darin sah er aus wie eine Melone. Man ließ ihn dazuorten nur den „deutschen Professor“. Wir hänselten ihn, weil es uns Spaß machte. Auf seiner spitzen, trüpfelnden Nase sah ein zerwickelner Kneifer. Dieser Wasserkrone mußte aus Kaffeebohnen zu weißsagen und schmerte den Maßbels komische Buchstaben an die Waden. Ein Narr, sagt ihr? Ein behaunerswörter vielleicht. Ein Original aus Salatdeutsch, hartgesottener Abentistenmoral und einer Infationsmark. Des „alorreichen“ Kriege trauriger Rest. Also das war die Umgebung, wenn man von den schmierigen Delfen an den Wänden absehen will. Nahte Frauen lebten dran. „Und nicht hin, die Lippe hängt“, sang Kule dann immer. Sonst ging es wie in jeder Kaffeehütte her. Man ab, man trank, man faulenzte oder zerhackte das Klavier und die Sauburischen vergaben beim Heimgehen das Rahlen. Solchem Kerl fielen wir einmal anderthalb Stunden nach und erwachten ihn; der sah nachher wie ein Bündel Suppengrün aus.

Über das ist es ja gar nicht, was ich eigentlich erzählen wollte.“

Zu damaliger Zeit lief in den Lichtspieltheatern Hamburgs ein amerikanischer Film „Kin-Lin-Lin“, den haben wir uns an einem langweiligen Regenabend angesehen, und da sind wir alle begeistert auf den — Hund gekommen. Und als wir nun wieder einmal nach Genua kamen, und mit Hallo und Gejohle unserer Jenny Blake ausgehüngert um den Hals fielen, war auch ein Hund da. Ein schöner Hund! Ein Prachtexemplar! Mit einer Schnauze, spitz wie eine Lauscher, mit klugen Augen und scharfem Gebiß.“

„Dah war...“

Am 12. März 1918 wurde Henno als Sohn der Gündin Eignung... geboren. In einem wässrigen Morgen; es war ein Hundewetter. Sein Stammbaum, und jeder Hund hat seinen Stammbaum — soll bis in die Frührenaissance reichen. Michelangelo — das ist doch ein großer Maler und Bildhauer gewesen — soll Hennos Vorfahren von dem Nürnberger Kaufmann und Antiquitätenhändler Pieter Sachse geschenkt bekommen haben. Und durch die Zeiten hindurch erzählt man sich in Quakelons und Hundestreifen von einem Vierbeinigen, der beim Bau der Peterskirche in Rom dem Nachwächter Fallini nicht unerhebliche Dienste geleistet habe.“

Das war also einer der Urvorfahren unseres irenängigen Henno, von dem er sicher Spürsinn, Treue, Klugheit und was der Kaffeebohnen mehr sind, geerbt hatte. Ich war Seemann, wenn ich auch erst das erste Jahr fuhr, und kam solcherlei Dinge nicht recht auf den Grund.“

Aber eines wußten und erfahren wir alle: daß Henno ein ungewöhnlicher Hund war. Ein Hund; das Generaleremplar seiner Herkunft, Umgebung und Erziehung. Ein zum Hund geborener Nationalist. Ein völkischer Hund, werdet ihr...“

Politisches Arbeiten und Wirken, politischer Meinungskampf, ist eine ernste, vaterländische Sache. Es wäre ein Fehler, die heutige Versammlung im Tumult untergehen zu lassen. Noch schlimmer aber wäre es, Sie, verehrte Anwesende, wie dumme Schulbuben nach vorgetragenem Bektion stumm und ohne Meinungsäußerung wieder nach Hause zu schicken. Der geschätzte Versammlungsleiter nimmt meinen Zwischenruf zum Anlaß, um die mit deutschem Manneswort angekündigte Aussprache abzulagen. Ich vermitte zu meinem größten Bedauern das Eingreifen des Herrn Grafen Niesenbrunn, der als langjähriger Reichstagsabgeordneter der konservativen Partei am besten weiß, daß ein nicht beleidigender Zwischenruf — in meinem Falle war es eine ganz bescheidene Frage — gestattet, wenn nicht gar erwünscht ist. Einmal liegt es nur an der Gewandtheit des Redners, geschickt zu parieren. Dann aber mußte doch gerade Herr Graf Niesenbrunn als langjähriger Konservativer gegen die Herabsetzung seiner früheren Partei durch den Herrn Versammlungsleiter protestieren. Oder stimmt er der Neuerung zu? Dann wäre mein Zwischenruf von geschichtlicher Bedeutung und hätte eine stark umstrittene Frage blischnell geklärt, nämlich die, daß die alte konservative Partei einen wesentlichen Teil der Schuld an unserer gegenwärtigen Lage trägt. Alles in allem: Wir wollen unterseits die größte Aufmerksamkeit dem Vortrage entgegenzubringen, bitten aber, die angekündigte Aussprache stattfinden zu lassen. Ich beantrage Abstimmung durch die souveräne Versammlung!“

(Fortsetzung folgt.)

Der Hund von Genua.

medern wollen. Nicht doch! Die Sache hat sich einfacher und landläufiger zugetragen.

Henno mußte manchmal auf die Straße... Er hat dann immer einen besonderen Grund, darüber man keinem Hund böse sein sollte. Das liegt nun so in der Natur. So war es auch an einem schönen Genueser Sommerabend. Jenny führte ihn auf die Straße, damit er erst etwas umhertrampeln konnte, und als er die schöne, frischgeklüchte Hand des Gewirksamers beklackert hatte, rief sie auf deutsch, wie man einen Hund ruft: „Kommi Henno, kommi her!“

Du, Witternecht, Josua, was sage ich euch; der Stroch kam nicht, obwohl er gehört hatte. Wadette mit den Hren, blieb stehen und bedachte wohl die angegrünte Situation. Unsere arme Jenny rief ein, zwei, mehrere Male hintereinander — Henno stand wie angewurzelt und machte ein verischmieztes Gesicht. Er konnte sich nur darauf besinnen, ein i t a l i e n i s c h e r, in Genua am 18. März 1918 geborener Hund zu sein. Auch sein Vater war es, nur Jahrzehnte früher, auch seine Urgroßmutter, noch früher. Er wollte auch dementsprechend angedredt sein! A u f i t a l i e n i s c h ! Daß man auf einmal auf deutsch mit ihm verkehren wollte — wau, wau! Nicht in die Tütle! Nicht auf den Schwanz!

Jenny war sichtlich ärgerlich. Wir bohrten die Köpfe durch die Scheiben und orienten wie verrückt an diesem Abend. „Vien qui, vien qui!“ — Henno sprang hoch und trachtte vergnügt und befriedigt in die Dube.

Sol' Das war's! Also hoch!

Henno war wirklich nur ein Hund, aber ein verflügelter Käter. Ein Hund, der will, daß man mit ihm in der Sprache seines Mutterlandes spricht. Ein Hund, der nicht Deutsch versteht, weil er in Genua geboren ist.

Also Henno, der nichts sein will, als ein Hund, aber ein auf italienisch angerufener und auch auf italienisch bellender Hund. Klaus Schneefien hatte beendet und Kappte vergnügt den Mund zu. Wir lachten herzlich und dankbar. Gut gekunstet. Witternecht meinte, die Geschichte könne auch wahr sein. Riebold erwachte. Da er uns so vergnügt strampeln und trompeten hörte, bekam er Angst, ruderte mit den Armen und plumpste bodenwärts.

Er ist hart gefallen. Schas' ihm gar nichts. Warum pennt er und friert es dann mit der Nase zu tun.

Soll man nicht! Walter G. Dschilewski.

Der ethische Sinn der Technik.

Höchste Produktion zu schaffen, ist die Technik heute in stande. Noch nie in der Geschichte der Arbeit wurde, wie heute, mit solch einem Minimum von Arbeit solch ein Maximum von Leistung vollbracht. Und dabei werden die Kosten der Herstellung immer geringer. Nur ein Teil der Kostenmenge, die vor dem Kriege für die Gewinnung einer Kilowattstunde erforderlich war, ist heute nötig.

Dazu haben wir durch Bichtung neuer Weizenorten die Grenze des Getreidebaues um 100 Kilometer nach Norden verlegt und damit ungeheuer große neue Flächen zur Produktion von Nahrungsmitteln gewonnen. Aus der Luft wird Stickstoff erzeugt, aus Holz wird Seide hergestellt. Und eine Fülle an Werken und Ware ist technisch möglich, so daß alle alles haben können, dessen sie bedürfen.

Sticht in solch einer technischen Möglichkeit nicht ein trotzigartiger ethischer Sinn? Verlangt solche technische Höhe der Entwicklung aus ihrem Wesen heraus nicht eine ethische Erfüllung?

Was Nietzsche das Ethenen nannte, das Sich-Eraufen auf Menschen, das ist der tiefste ethische Sinn dieser technischen Zeit. Ethenen aus der Fülle heraus, daß alle haben! Der technische Geist ist zu einer wunderbaren Seele gereift. Er zwingt zu ethischer Gelinnung und neuem, sozialem, menschenumspannendem Gefühl. Und damit zu neuer Gestaltung der Wirtschaft, daß sich diese Ethik der Technik erfüllen kann.

Dieser Widerjinn, daß technisch höchste Fülle möglich ist und praktisch dennoch Not und Hunger herrschen, dieser Widerjinn beweist nur zu deutlich, daß die moderne Technik mit ihrer ethischen Seele nicht das Glied einer ethisch gestalteten, sozialen Wirtschaft ist. Die Technik wird von einer einseitig eingestellten Wirtschaft mißbraucht zu Profit, und die Seele der Technik, ihre Ethik, ihr eigentlicher, großer, menschlicher Sinn findet keine Erfüllung.

Stärker und deutlicher als von dem besten Kathedern der Philosophen bricht die Ethik aus dem Leben, aus dem Geiste der Technik, aus der Praxis der technischen Fülle heraus ihre mahnende Sprache: es muß anders sein! Es muß Gemeinwirtschaft sein in der Wirtschaft, daß sich die Fülle der Produktion auf alle verteilen kann und die Fülle zu ihrem ethischen Sinn gehaubt. Die Neugestaltung der Wirtschaft im Sinne der Gemeinwirtschaft wird mit der wachsenden Technik immer mehr zu einer ethischen Selbstverständlichkeit.

So ist die Welt des Kapitalismus zerrissen in den Interessenkampf der wirtschaftlich-kapitalistischen Macht und den Befreiungskampf der Massen um den ethischen Gedanken. So ist auch die Persönlichkeit des einzelnen im Arbeitsleben von heute zerrissen in den Arbeitsmenschen des Kapitalismus und den Menschen, der zum Glück der Erde zu schaffen berufen ist.

Und damit ist die große Aufgabe der Menschheit von heute wirtschaftlich und ethisch in einem: aus der Fülle der Technik werde in neuer Wirtschaft der freie Mensch, der in seinem Schaffen wirkt an der Fülle für alle.

Dr. Gustav Hoffmann.